

AUF KURS ZUKUNFT!

**WAHLPROGRAMM DER FDP WIESBADEN FÜR DIE
WAHLZEIT DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
2026 BIS 2031**

FDP



Wahlprogramm der FDP Wiesbaden für die Wahlperiode 2026 bis 2031 der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung

Inhaltsverzeichnis

Bildung und Familie	1
Kinderbetreuung – Familien entlasten, Vielfalt ausbauen.....	1
Betreuungskapazitäten erhöhen – flexibel und wohnortnah	1
WIKITA - Digitales Vergabesystem jetzt!	1
Vielfalt der Träger – Qualität durch Wettbewerb.....	2
Familienfreundlichkeit heißt Flexibilität	2
Spielräume und Familienzentren ausbauen	3
Pandemie-Erfahrungen nutzen.....	3
Sanierungsstau an Schulen weiter abbauen.....	4
Selbständige Schulen erhalten	4
Grundschulen stärken.....	4
Unterstützung bei der Ausbildung der Schulprofile.....	5
Eltern die Schulwahl lassen	5
iPads endlich für alle weiterführenden Schüler – Erneuerung statt Elektroschrott	5
Inklusive Bildung.....	6
Eine europäische Schule für Wiesbaden	6
Gedenkstättenfahrten	6
Berufliche Schulen stärken.....	6
Lebenslanges Lernen in VHS und Bibliotheken	7
Verkehr	8
Nur mit den Freien Demokraten: Keine Straßenbahn in Wiesbaden.....	8
Neue Verkehrspolitik braucht auch neues Personal.	9
Zeit für schnelle Baustellenabwicklung und bessere Baustellenkoordination.....	9
Förderung des ÖPNV auf der Schiene – Sinnvolle Schienenprojekte statt einer überflüssigen Straßenbahn.....	10
Wallauer Spange konsequent voranbringen	11
Reaktivierung der Aartalbahn – Entlastung für Wiesbaden und den Taunus	11

Taktverdichtung der Ländchesbahn.....	11
S-Bahnhalt Mainz-Kostheim endlich realisieren	11
Zuverlässigkeit der Rheingau-Linie (RB10) wiederherstellen.....	12
Mehr Parkraum statt weiterem Abbau von Parkplätzen	12
Wissenschaftliche Analyse der Wegebeziehungen in Wiesbaden – für schnelleres Ankommen in der ganzen Stadt.....	13
Wiesbaden als Modellregion für autonome Mobilität	13
ESWE Verkehr als moderner Busbetrieb – Fokus auf das Wesentliche.....	14
Attraktive Arbeitsbedingungen für Busfahrerinnen und Busfahrer.....	14
Neuer Betriebshof – Chancen prüfen, finanzielle Realität beachten.....	14
Einfacher, digitaler und kundenfreundlicher ÖPNV	15
Mehr Orientierung für Fahrgäste.....	15
Fehlentscheidungen sind reversibel – für weniger Stau, besseren Verkehrsfluss und weniger Umweltbelastung	15
1. Keine Spurreduzierung auf der Schwalbacher Straße	15
2. Pfortnerampel an der Berliner Straße abschalten.....	15
3. Rechtsabbiegen am Landeshaus wieder ermöglichen.....	16
4. Tempo-40-Zonen abschaffen – punktuell Tempo 30 einführen	16
Weitere verkehrliche Barrieren beseitigen	16
Bedarfsgerechte und marktwirtschaftliche Förderung der E-Mobilität	16
Wohnen	18
Wiesbaden bleibt ein Magnet zum Leben.....	18
Bauen beschleunigen – Potentiale heben.....	18
Bau-Turbo nutzen.....	19
Maß und Mitte statt ideologischer Regulierung.....	19
Die Kommunale Mietpreisbremse	20
Soziale Durchmischung und Eigentum fördern	20
Kein Ausverkauf von Wohnraum.....	20
Wohnen für Studis und Azubis	21
Stellplatzsatzung abschaffen.....	21
Stadtentwicklung und Bauen	22
Mehr Wertschätzung für den öffentlichen Raum.....	22
Zurückhaltung bei der aktiven Bodenpolitik – Die Stadt ist nicht der bessere Investor ...	22
Denkmalschutz	22
Kochbrunnenplatz/Palast Hotel.....	23

Schützenhofplatz.....	23
RheinMainUfer-Konzept umsetzen	23
Stadteingänge aufwerten.....	24
Leitbild für nachhaltiges Bauen auf Bundesstandard reduzieren.....	24
Wirtschaft.....	25
Wirtschaft Raum zum Wachsen geben	25
Aktives Standortmarketing	25
(Jugend-)arbeitslosigkeit bekämpfen.....	25
Fachkräftemangel bekämpfen	26
Die klügsten Köpfe in Wiesbaden halten	26
Neue private Hochschulen & Universitäten für Wiesbaden anwerben	26
Gute Infrastruktur & Staufreiheit	27
Serviceorientierte Verwaltung.....	27
Zertifizierung als „mittelstandsfreundliche Kommune“	27
Gründerhauptstadt Wiesbaden.....	27
Handwerk stärken.....	28
Industrie in Wiesbaden.....	28
Gesundheitsstandort Wiesbaden.....	29
Wirtschaftliche Strukturen vor Ort	29
Landwirtschaft	29
Innenstadt & Fußgängerzone.....	30
Sauberkeit der Fußgängerzone	30
Feste und Events in der Innenstadt.....	30
Unterstützung der Gastronomie	30
Verkaufsoffene Sonntage	31
Leerstand kreativ nutzen	31
Sicherheitsbedingte Zufahrtsbeschränkungen für die Innenstadt.....	31
Stärkung City-Manager	31
Wiesbadener Brunnen.....	32
Sicherheit, Sauberkeit und Brandschutz.....	33
Wiesbaden, aber sicher! – Mehr Freiheit durch mehr Sicherheit	33
Verbesserung der Beleuchtung	33
Stadt- und Landespolizei müssen Präsenz zeigen – öffentliche Räume nicht aufgeben..	33

Testphase für Pfefferspraypistolen	34
Drogen- und Bettelbanden keine Ruhe lassen	34
Sicherer Heimweg.....	34
Sicherheit am Platz der deutschen Einheit wiederherstellen	34
Unterflurglascontainer einführen	34
Wilden Sperrmüll konsequent beseitigen – Verursacher bestrafen	35
Verlässliche Stimme für Feuerwehr und Katastrophenschutz – Wir stehen an der Seite derer, die unsere Stadt sicher halten	35
Finanzen und Beteiligungen	37
Städtische Finanzen wieder in den Griff bekommen	37
Wiesbaden hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem	37
VZÄ-Deckel einziehen	37
Zero Based Budgeting.....	37
Grundsteuer	38
Duschsteuer abschaffen	38
Gewerbesteuer senken	38
Beteiligungs- und Transparenzportal	39
Aufgabenkritik auch bei den städtischen Gesellschaften	39
Neufassung Beteiligungskodex	39
Externe Aufsichtsratsmitglieder.....	39
Transparenz und Verpflichtung zu Open Data	40
Zukunft der Naspa.....	40
Digitale und bürgernahe Verwaltung	41
Mutig weiter digitalisieren	41
KI first, Bedenken second	41
Eine städtische App für alles.....	41
Englisch als zweite Verwaltungssprache.....	41
Öffentliche Daten sind öffentliche Güter	42
Datengetriebene Verwaltung	42
Städtisches IT-Management	42
Word-Dokument statt Papier-Dokument	42
Arbeit 4.0.....	43
Abmieten von Verwaltungsstandorten	43
Soziales	44

Liberaler Sozialpolitik in Wiesbaden...	44
Kinder wirksam vor Armut schützen	44
Gewalt entschlossen bekämpfen	45
Senioren aktiv einbinden	45
Inklusion vorantreiben	45
Niedrigschwelliger Zugang zu Information und Unterstützung	46
Soziale Systeme entlasten – Verantwortung bewahren	46
Der One-Stop-Shop für soziale Angebote	46
Gesundheit	47
Mehr Ärzte für Wiesbaden.....	47
Neue Versorgungsmodelle nutzen	47
Prävention vor Kurieren – Aufklärung statt Bevormundung	48
Suchtprävention und Hilfe ausweiten	48
Krankenhäuser und Notfallversorgung sichern	49
Pflege – Würde im Alter durch Innovation und Familie	49
Neue Wohn- und Pflegeformen fördern	49
Pflegekräfte und Angehörige entlasten	50
Vernetzung von Medizin und Pflege verbessern	50
Würde und Selbstbestimmung im Alter	51
Jugend	52
Jugendbeteiligung stärken	52
Bildung und Ausbildung als Aufstiegsversprechen.....	52
Freiräume und Treffpunkte.....	52
Prävention statt Repression	52
Mobilität und Teilhabe.	53
Jugend in Kultur, Sport und Ehrenamt	53
Der Jugend Chancen geben.....	53
Integration	54
Liberaler Integrationskompass: Unsere Leitlinien.....	54
Sprache zuerst – Bildung als Schlüssel	54
Integration durch Arbeit und Engagement	54
Angebote statt Anordnungen	54
Förderung statt Verwaltungsschleifen	55
Anerkennung für Integrationsleistung vor Ort	55

Integration als Chance für alle	55
Libérale Integration mit Perspektive	55
Kultur, Sport, Freizeit und Ehrenamt	56
Privates Engagement und Mäzenatentum fördern.....	56
Stadtmuseum.....	56
Beim Walhalla (mal wieder) zurück auf Null	56
Raum für Kultur schaffen.....	57
Hessisches Staatstheater.....	57
Erinnerungskultur	57
Zukunft Stadtarchiv.....	58
Römisches Erbe.....	58
Zukunft Kulturbeirat	58
Ehrenamt und Engagement stärken	58
Eine Engagementstrategie für eine moderne Bürgergesellschaft	59
Verwaltung als Ermöglicher – nicht als Hürde.....	59
Wissen schafft Handlungsspielraum	59
Förderstrukturen bündeln und Doppelarbeit vermeiden	59
Infrastruktur sichern – Planung statt Projektitis.....	60
Engagement kennt kein Alter.....	60
Junge Menschen für Verantwortung begeistern	60
Anerkennung sichtbar machen	60
Wiesbadener Spitzen- und Breitensport unterstützen.....	61
Schwimmbäder	62
Wiesbaden on Ice	62
Umwelt, Klima und Energie	63
Klimaschutz mit Sinn und Verstand	63
Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen	63
Grünflächen und Spielplätze erhalten	63
Wald im Klimawandel.....	64
Keine Windräder auf dem Taunuskamm.....	64
Fernwärme ist noch nicht in Stein gemeißelt	64
Geothermie im Wiesbadener Osten vorantreiben	65
Jagdkonzept zurücknehmen	65

Invasive Arten bekämpfen	65
Stadttauben	66
<i>Wiesbaden als Teil des Rhein-Main-Gebiets, Hessens und Europas</i>	67

Bildung und Familie

Kinderbetreuung – Familien entlasten, Vielfalt ausbauen

Berufstätige Eltern wissen: Gute Kinderbetreuung ist heute der Schlüssel, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Wiesbaden hat in den letzten Jahren viel investiert und hohe Betreuungsquoten erreicht – mit 84% aller 3–5-Jährigen hat Wiesbaden hessenweit die Spitze. Doch wir geben uns damit nicht zufrieden: Unser Ziel bleibt eine Betreuungsplatz-Garantie für jedes Kind, egal in welchem Stadtteil es lebt. Ein Flickenteppich mit Sozialindizes, der bestimmten Vierteln Vorrang gibt und andere benachteiligt, kommt für uns nicht in Frage. Jedes Wiesbadener Kind hat ein Recht auf einen Kita-Platz, und wir arbeiten daran, dieses Recht mit Leben zu füllen. Sollte die Nachfrage weiter steigen, werden wir die Ausbauziele – derzeit 48% Versorgungsquote bei Unter-3-Jährigen und 90% bei Über-3-Jährigen – entsprechend anheben.

Betreuungskapazitäten erhöhen – flexibel und wohnortnah

Wir treiben den Kita-Ausbau mit Kreativität voran. Neubauprojekte begrüßen wir; darüber hinaus setzen wir auf alternative Konzepte: Temporäre Modul-Kitas, Nutzung von freien Gewerbeflächen als Übergangseinrichtungen, sowie der Ausbau der Kindertagespflege (Tagesmütter und -väter) bieten schnelle Entlastung. Tageseltern leisten einen wertvollen Beitrag – wir wollen sie besser unterstützen und ihre Vernetzung fördern. Wichtig ist uns auch, Betreuung dort anzubieten, wo Familien sie brauchen: Das kann am Wohnort sein oder nahe dem Arbeitsplatz der Eltern. Deshalb haben wir angestoßen, dass in Wiesbaden nicht mehr starr der wohnortnahe Platz Priorität hat – Eltern wissen selbst am besten, ob ein Kita-Platz in der Nähe der Wohnung oder lieber beim Arbeitsplatz für ihre Familie passt. Besonders Alleinerziehende und in Vollzeit berufstätige Eltern wollen wir bevorzugt mit Ganztagsplätzen versorgen, denn sie sind auf verlässliche Betreuung angewiesen. Den Bedarf nach flexibleren Betreuungszeiten wollen wir annehmen und nach Lösungen suchen, sozialverträglich, mitarbeiterfreundlich aber auch dem Bedarf gerecht werdend.

WIKITA - Digitales Vergabesystem jetzt!

Eltern dürfen nicht länger von Kita zu Kita Klinken putzen müssen. Wir fordern, dass WIKITA endlich vom Vormerksystem zu einem echten digitalen Vergabesystem weiterentwickelt wird. Alle Kita-Plätze sollen transparent erfasst sein, sodass Eltern online Angebote erhalten und nicht mehr ins Blaue hinein dutzende Anmeldungen ausfüllen. Wir halten perspektivisch sogar eine automatisierte Platz-Zuteilung für den

besten Weg – natürlich so, dass Eltern nicht verpflichtet sind, den vorgeschlagenen Platz anzunehmen. Das würde enorm viel Aufwand für Familien und Kitas sparen, ohne die Wahlfreiheit einzuschränken. Bis es soweit ist, drängen wir auf Sofort-Verbesserungen: Personal im Jugendamt für die Platzkoordination, regelmäßige öffentliche Berichte zur Kitaplatz-Situation und eine Tageselternbörse online, wo qualifizierte Tagespflegepersonen ihre freien Plätze anbieten können. Kurz: Wiesbaden soll bei der digitalen Kitavergabe von einem Schlusslicht zu einem Vorreiter werden.

Vielfalt der Träger – Qualität durch Wettbewerb

Wir setzen auf einen bunten Mix an Betreuungsangeboten, denn Wettbewerb belebt das Geschäft auch im Kita-Bereich. Öffentlich, frei-gemeinnützig oder privat – alle gut geführten Kitas sind uns willkommen. Besonders Betriebskindertagesstätten und Elterninitiativen wollen wir stärken. Wenn Unternehmer in Wiesbaden gemeinsam mit den Kammern eine neue Kita gründen wollen, wird die Stadt Helfer und nicht Bremser sein. Wir vereinfachen Genehmigungen, stellen ggf. kommunale Räume bereit und informieren aktiv über Fördermöglichkeiten. Innovative pädagogische Konzepte – ob zweisprachige Kita, Waldkindergarten oder Montessori – finden in einer liberalen Stadt Platz, solange die Qualität stimmt. Apropos Qualität: Wiesbaden braucht zufriedene Erzieherinnen und Erzieher, sonst nützen die schönsten Gebäude nichts. Darum sehen wir starre städtische Regeln kritisch, die freie Träger in der Bezahlung ihrer Mitarbeitenden beschränken (Stichwort „Besserstellungsverbot“). Wer höhere Gehälter oder zusätzliche Leistungen bieten kann, um Personal zu gewinnen, soll dies tun dürfen – das steigert letztlich die Attraktivität des Berufs. Wiesbaden kämpft bereits mit erheblichem Fachkräftemangel in Kitas, zu viele Erzieherstellen sind unbesetzt. Wir unterstützen daher die Landesinitiative, Kita-Assistenzen für einfache Aufgaben einzusetzen, damit das pädagogische Personal entlastet wird. Außerdem begrüßen wir städtische Partnerschaften, um Erzieher-Nachwuchs im Ausland anzuwerben. Jeder zusätzliche betreuende Kopf hilft unseren Kindern.

Familienfreundlichkeit heißt Flexibilität

Moderne Familienleben passen nicht in ein 9-to-5-Raster – unsere Betreuungsangebote müssen es auch nicht. Wir setzen uns dafür ein, die Öffnungszeiten von Kitas flexibler zu gestalten. Pilotprojekte mit erweiterten Randzeiten oder Kita-Sharing-Modelle (vormittags/nachmittags verschiedene Kinder) wollen wir fördern, um dem echten Bedarf besser gerecht zu werden. Kein Elternteil soll gezwungen sein, beruflich kürzerzutreten, nur weil die Kita um 16 Uhr schließt. Insbesondere um Frauen bessere Chancen auf umfassende berufliche Tätigkeit - ob Schichtdienst oder in Führungspositionen - zu bieten und damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sind flexible, längere Kita-Öffnungszeiten erforderlich. Ganztagsbetreuung in Grundschulen

(Rechtsanspruch ab 2026) bereiten wir ebenfalls vorausschauend vor, in enger Kooperation mit Trägern und Vereinen – hier darf Wiesbaden keinen Engpass erleben. Zudem halten wir am Geschwisterrabatt in Kitas fest: Mehrere Kinder zu betreuen, darf kein finanzieller Kraftakt werden. Insgesamt soll gelten: Die Betreuung richtet sich nach den Bedürfnissen der Familien, nicht umgekehrt. Eltern, die in Schicht arbeiten, Alleinerziehende sowie Alleinerziehende und Studierende mit Kind – sie alle brauchen passgenaue Lösungen. Wir werden in Dialog mit Elternvertretern treten und jährlich prüfen, ob unser Betreuungsangebot neue Bedürfnisse abdeckt.

Spielräume und Familienzentren ausbauen

Kinderbetreuung endet nicht beim Kita-Platz. Wir möchten Wiesbaden insgesamt familienfreundlicher gestalten. Dazu gehört, dass es genug Spielplätze gibt und diese in Schuss sind. Wir wehren uns gegen den schleichenden Abbau von Spielgeräten – stattdessen investieren wir in die Sanierung und Attraktivität der Spielplätze in allen Vierteln. Jeder Stadtteil soll mindestens einen inklusiven Spielplatz erhalten, der auch für Kinder mit Behinderung geeignet ist. Darüber hinaus wollen wir die Angebote für Familien bündeln: Familienzentren, angegliedert an Kitas, können Beratung, Elternkurse, Krabbelgruppen und Freizeitangebote unter einem Dach bieten. Solche Orte der Begegnung entlasten Familien im Alltag und schaffen Gemeinschaft. Wir werden die bestehenden „Willkommensbesuche“ für Neugeborene – bei denen junge Eltern ein städtisches Willkommenspaket und Infos erhalten – weiter ausbauen. Ideal wäre ein kostenloser Hausbesuch nach der Geburt des ersten Kindes, um Fragen zu beantworten und Hilfe niedrigschwellig anzubieten. Unsere Vision: In Wiesbaden sollen Eltern von Anfang an spüren, dass ihre Stadt hinter ihnen steht.

Pandemie-Erfahrungen nutzen

Die Corona-Zeit hat Familien vor enorme Herausforderungen gestellt. Wir haben gelernt, wie fatal flächendeckende Kita- und Schulschließungen für Kinder und Eltern sind. Daraus ziehen wir klare Konsequenzen: Bei künftigen Krisen dürfen Schließungen von Bildungseinrichtungen wirklich nur das letzte Mittel sein. Wir fordern, dass Wiesbaden in seinen Pandemie- oder Notfallplänen Familieninteressen besonders berücksichtigt. Eine funktionierende Notbetreuung muss jederzeit garantiert sein. Zudem wollen wir prüfen, wie wir die digitale Infrastruktur ausbauen können, um im Ernstfall Hybrid-Angebote (z.B. Online-Vorschule oder Eltern-Chats mit Erziehern) bereitzustellen. Die Stimme der Familien muss gehört werden – wir stehen dafür ein, dass bei allen künftigen Maßnahmen die Frage mitgedacht wird: Was bedeutet das für die Kinder? Nie wieder dürfen Kitas unbedacht als Erstes dichtgemacht werden.

Sanierungsstau an Schulen weiter abbauen

Trotz der Aktivitäten der letzten Jahre sind noch zu viele Wiesbadener Schulen in einem schlechten Zustand. Eine motivierende Lernatmosphäre ist zentral für den Bildungserfolg der Wiesbadener Schülerinnen und Schüler. Nur wer sich in seiner Schule wohlfühlt, wird dort gerne lernen und lehren. Auch in schwierigen Haushaltsjahren wollen wir daher einen besonderen Fokus auf das Thema Schulbau legen.

Wir wollen anhand von Best Practices in anderen Kommunen prüfen, wie schneller und kostengünstiger Schulen saniert und gebaut werden können - ohne Kompromisse bei den Lernkonzepten in den Schulräumen. Außerdem wollen wir Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern und die Schulleitung unterstützen, in Eigeninitiative Zwischenlösungen für ein besseres Lernumfeld zu schaffen.

Außerdem werden wir einen speziellen Sanierungstopf für Schultoiletten bilden und regelmäßig füllen, damit auch Schulen, bei denen in nächster Zeit keine Sanierung stattfinden soll, stets eine angemessene Sanitätsausstattung besitzen.

Selbständige Schulen erhalten

Die Freien Demokraten wollen die Grenzen zwischen äußerer Schulträgerschaft (Kommune) und innerer Schulträgerschaft (Land) zu Gunsten der selbstständigen Schule weiter abbauen. Die Schulen selbst kennen ihren Bedarf am genauesten und sollen möglichst viele Freiheiten in der Eigenverwaltung und Verantwortung für ihr eigenes Budget erhalten. Dies heißt jedoch nicht, dass wir die Schulen mit ihren Themen allein lassen wollen. Vom Land und von den Kommunen müssen weiterhin Unterstützungsangebote (personeller, ideeller und materieller Natur) zur Verfügung gestellt werden. Von diesen darf die Schulleitung aber abweichen, wenn es aufgrund lokaler Besonderheiten geboten ist. Kommunale Mittel und Landesmittel sollen dabei bei den Schulen wechselseitig deckungsfähig sein. Zur selbstständigen Schule gehören nicht nur die Schulleitung und die Lehrkräfte, sondern auch die Schüler und Schülerinnen selbst sowie ihre Eltern. Wir wollen daher den offenen und konstruktiven Dialog mit dem Stadteltererbeirat und dem Stadtschüler/innenrat fortsetzen.

Grundschulen stärken

Die Freien Demokraten Wiesbaden wollen eine Qualitätsoffensive in der Grundschule, weil diese Lebensphase für die Persönlichkeitsentwicklung besonders wichtig ist. Leider haben sich die politischen Prioritäten auf Betreuungsangebote und die weiterführenden Schulen fokussiert. Die Freien Demokraten in Wiesbaden setzen sich für einen Ausbau individueller und differenzierter Bildungsangebote im Primarschulbereich ein. Hierbei steht insbesondere die Qualität des Lehrkollegiums im Fokus, das an einer Grundschule noch einmal in ganz anderen Bereichen gefordert ist als an weiterführenden Schulen.

Wichtige Schwerpunkte sind dabei die gleichwertige Betrachtung aller Begabungen, Gewaltprävention und Schulen als sicheres und geborgenes Umfeld für Kinder. Wir setzen uns für die Abschaffung der Schulbezirksgrenzen als limitierenden Faktor für die Eltern bei der Grundschulwahl ein. Dabei soll es aber weiterhin eine klare Priorisierung der Schülerinnen und Schüler, die in ihrem eigenen Schulbezirk zur Grundschule gehen wollen, geben.

Unterstützung bei der Ausbildung der Schulprofile

Wir werden die weiterführenden Schulen darin unterstützen, ihr jeweils eigenes Profil weiter zu schärfen, pädagogisch, fachlich und organisatorisch. Dazu gehört auch, dass die Stadt die Schulen nicht allein lässt, wenn es um Ausstattung, Projekte oder Entwicklungsvorhaben geht. Wir wollen gezielt helfen, finanzielle Spielräume zu nutzen und zusätzliche Fördermittel von Land, Bund oder aus Programmen Dritter besser zu erschließen.

Ein starkes Schulprofil zeigt sich auch im Blick über den Tellerrand. Internationale Kooperationen, Partnerschulen und Schüleraustausche sind wertvolle Erfahrungen, stärken Sprachkompetenzen und öffnen Horizonte. Solche Verbindungen wollen wir ausdrücklich fördern und Schulen bei Organisation, Finanzierung und Vernetzung unterstützen.

Eltern die Schulwahl lassen

Wir stehen für eine vielfältige Schullandschaft, in der jedes Kind die Lernumgebung findet, die zu seinen Stärken, Interessen und Bedürfnissen passt. Deshalb lehnen wir es ab, einzelne Schulformen politisch zu bevorzugen oder gegeneinander auszuspielen.

Darüber hinaus denken wir Bildung regional. Wiesbaden soll seine Bildungsangebote dort, wo es sinnvoll und machbar ist, auch für Schülerinnen und Schüler aus dem Umland zugänglich machen. Umgekehrt sollen Wiesbadener Familien die Möglichkeit haben, Angebote außerhalb der Stadt zu nutzen, wenn diese besser passen. Entscheidend ist, dass Wahlfreiheit nicht an Verwaltungsgrenzen scheitert, sondern an individuellen Bedürfnissen ausgerichtet wird.

iPads endlich für alle weiterführenden Schüler – Erneuerung statt Elektroschrott

Digitale Bildung gelingt nur, wenn die Technik zuverlässig funktioniert und flächendeckend verfügbar ist. Wir hätten uns gewünscht, dass schon von Beginn alle Jahrgänge an den weiterführenden Schulen mit iPads ausgestattet werden. Jetzt gilt es,

die verbleibenden Jahrgänge schnellstmöglich nachzuziehen, um allen Schülern die Chance des digitalen Lernens zu geben.

Ebenso wichtig ist der laufende Betrieb: WLAN, Server, Support und Endgeräte müssen stabil sein, damit Unterricht nicht an technischen Ausfällen scheitert. Wir müssen ehrlich mit der Lebensdauer digitaler Ausstattung umgehen.

Wir setzen uns für ein verlässliches jährliches Erneuerungs- und Wartungsbudget für digitale Schulausstattung ein. So verhindern wir, dass unsere Schulen in einigen Jahren ein Museum für Elektroschrott sind.

Inklusive Bildung

Die inklusive Bildung wird von der FDP unterstützt. Diese ergibt aber nur dann für alle Beteiligten einen echten Mehrwert, wenn eine angemessene Betreuung durch Sonderpädagogen von Seiten des Landes Hessen sichergestellt werden kann. Aus diesem Grund wollen wir die Förderschulen als Option neben der inklusiven Beschulung in Regelschulen aufrechterhalten.

Eine europäische Schule für Wiesbaden

Mit dem Zuwachs an Stellen in der Europäischen Zentralbank stellt sich langfristig auch die Frage nach einer zusätzlichen Europäischen Schule bzw. einer "Anerkannten Europäischen Schule" im Rhein-Main-Gebiet. Wiesbaden sollte aktiv um die Ansiedlung einer solchen Schule werben, die neben dem europäischen Gedanken auch den Bildungs- und Wirtschaftsstandort stärkt.

Gedenkstättenfahrten

Nicht erst seit den Anschlägen des 7. Oktober wächst der Antisemitismus in Wiesbaden. Gleichzeitig gibt es immer weniger Zeitzeugen. Wir sagen: Jeder Wiesbadener Schüler soll in seiner Schullaufbahn einmal eine Holocaust-Gedenkstätte verpflichtend besuchen. Mit uns wird Wiesbaden als Stadt die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Berufliche Schulen stärken

Die betriebliche Ausbildung ist ein Erfolgsmodell und eine gleichwertige Alternative zum Studium. In Wiesbaden bilden viele Unternehmen aus, ebenso die Stadt in zahlreichen Berufen. Umso problematischer ist die aktuelle Schieflage: Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, während gleichzeitig Bewerberinnen und Bewerber keinen passenden Platz finden. Wir wollen diese Lücke schließen, indem wir die Zusammenarbeit zwischen

Schulen und Betrieben deutlich ausbauen. Mehr Praxisbezug, regelmäßige Einblicke in Betriebe, gute Praktika und verlässliche Ansprechpartner helfen jungen Menschen bei der Orientierung und sorgen dafür, dass Angebot und Nachfrage besser zusammenfinden.

Wenn der Ausbildungsplatz gefunden ist, müssen die beruflichen Schulen die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss bieten. Dazu gehören Arbeitsbedingungen, die mit der Realität in den Ausbildungsbetrieben Schritt halten, besonders in Digitalisierung, IT und den Fachräumen. Berufsschulen brauchen deshalb bei Ausstattung und Modernisierung eine klare Priorität. Das darf nicht im allgemeinen Schulausstattungsbudget untergehen, sondern erfordert gezielte zusätzliche Mittel und eine abgestimmte Strategie mit den Betrieben.

Unternehmerisches Denken soll außerdem früh gefördert werden. Wir wollen an einer Wiesbadener Berufsschule eine Fachkraft ansiedeln, die Schülerfirmen an allen Schulformen berät und begleitet. Schülerfirmen vermitteln praxisnah, wie Wirtschaft funktioniert, fördern Verantwortung und Teamarbeit und können ein erster Schritt sein, um Selbstständigkeit und Gründungsgeist in Wiesbaden zu stärken.

Lebenslanges Lernen in VHS und Bibliotheken

Die Volkshochschule (VHS) und die damit verbundene Akademie für Ältere bildet als eine der größten Weiterbildungsinstitutionen der Stadt die Basis für lebenslanges Lernen. Wir setzen uns dafür ein, dass ihr Bildungsauftrag gestärkt wird, sodass insbesondere durch Schulabschlüsse, Deutsch- und Fremdsprachenkurse und Kurse zur beruflichen und persönlichen Qualifikation immer mehr Menschen in einer komplexen Umwelt selbstbestimmt ihren Weg gehen können. Wir wollen die VHS beim Ausbau und der Realisierung von digitalen Angeboten weiter stärken. Auch können so mobilitätseingeschränkte Menschen oder Menschen, die aufgrund ihrer Arbeitszeiten an den Präsenzkursen nur schwer teilnehmen können, die Angebote der VHS nutzen.

Damit die VHS als zentraler Träger der Erwachsenenbildung seine Funktion weiterhin nachkommen kann, unterstützen wir den Umzug in die Luisenstraße. Im Herzen Wiesbadens ist sie leichter zu erreichen und bringt zudem junge wie alte Menschen in die Innenstadt.

Wir möchten die Stadt(teil)büchereien zu digitalen Bildungszentren weiterentwickeln. Die Evolution der Stadtbibliothek zur Mauritius-Mediathek ist dabei ein richtiger Schritt, dem weitere folgen müssen.

Wir treten für eine testweise Sonntagsöffnung der Mauritius-Mediathek ein.

Verkehr

Kaum ein Politikfeld war in den vergangenen Jahren so umstritten wie die Verkehrspolitik – und in kaum einem wurden so viele Fehlentscheidungen getroffen. Für die Freien Demokraten Wiesbaden ist deshalb klar: Unsere Stadt braucht eine echte verkehrspolitische Kehrtwende und einen Neuanfang – auch in personeller Hinsicht. Wiesbaden muss wieder stärker einen Fokus auf eine Verkehrspolitik setzen, die nicht auf eine Vergrämung des motorisierten Individualverkehrs setzt – etwa durch zusätzliche Staus oder künstliche Verkehrshindernisse. Wir brauchen viel mehr eine Verkehrspolitik, die es jedem ermöglicht möglichst schnell von A nach B in unserer schönen Stadt zu kommen.

Viele Wiesbadenerinnen und Wiesbadener haben schlichtweg keine Zeit für den von der aktuellen Links Kooperation künstlich produzierten Stau.

Statt immer neuer Einschränkungen, neuer „Verkehrsexperimente“ und einer gezielten Verknappung von Fahrspuren setzen wir auf ein faires Nebeneinander aller Verkehrsträger. Dabei ist nebeneinander wörtlich gemeint – wir brauchen endlich getrennte Fahrspuren für die einzelnen Verkehrsträger. Radwege auf denen auch Busse fahren können oder Hauptverkehrsachsen, auf die auch der Radverkehr gebracht wird, haben sich in den vergangenen Jahren nicht bewährt. Jeder Mensch soll sich in Wiesbaden gut und sicher fortbewegen können – unabhängig davon, ob er zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Auto oder mit dem ÖPNV unterwegs ist.

Wir Freie Demokraten stehen für ein Versöhnungsprogramm im Verkehr: weg von der Spaltung, hin zu moderner Infrastruktur und bedarfsgerechter Behandlung aller Verkehrsteilnehmer. Dazu gehört für uns auch die klare Ablehnung einer erneuten Einführung einer Straßenbahn in Wiesbaden. Statt XXL-Projekten, die die Stadt weiter polarisieren, brauchen wir pragmatische Lösungen und leistungsfähige Verkehrswege für alle.

Nur mit den Freien Demokraten: Keine Straßenbahn in Wiesbaden.

Als Freie Demokraten lehnen wir jede Form der Straßenbahnplanung in Wiesbaden klar ab. Wir respektieren das eindeutige Votum der Bürgerinnen und Bürger aus dem Jahr 2020, in dem sich die Wiesbadener Bevölkerung bereits gegen ein solches Projekt ausgesprochen hat. Dennoch arbeiten Grüne, Linke, Volt und die SPD wieder an der Einführung einer Straßenbahn. Mit dem neuen Nahverkehrsplan haben diese Parteien bereits festgeschrieben, dass ein schienengebundenes System in Wiesbaden als zwingend erforderlich gilt – und auch ihre Wahlprogramme kündigen entsprechende Schritte an.

Wir halten das für einen politischen Irrweg. Eine Straßenbahn belastet unsere Stadt nicht nur finanziell erheblich, sondern vertieft auch die Spaltung der Verkehrspolitik weiter und

wird wegen der zahlreichen Baustellen damit für einen völligen Zusammenbruch des Verkehrs in Wiesbaden sorgen. Eine Straßenbahn bedeutet für Wiesbaden einen massiven und unumkehrbaren Eingriff in das gewachsene Stadtbild durch das Fällen sehr vieler schöner, großer Alleegebäume und weiterer Baumaßnahmen. Nur die Freien Demokraten vertreten hier eine klare Haltung: Mit uns wird es in Wiesbaden keine Straßenbahn geben.

Besonders bedeutsam ist, dass ein erneuter Bürgerentscheid wie 2020 heute nicht mehr möglich ist. Die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung verhindert ein solches direktdemokratisches Verfahren.

Damit wird die Kommunalwahl 2026 faktisch zur entscheidenden Abstimmung über die Frage, ob Wiesbaden eine Straßenbahn bekommt oder nicht.

Wir treten dafür ein, den Bürgerwillen zu achten und Wiesbaden vor einem verkehrspolitischen Großprojekt zu bewahren, das die Stadt weder braucht noch will.

Neue Verkehrspolitik braucht auch neues Personal.

Wir Freie Demokraten sind die einzige politische Kraft in Wiesbaden, die den notwendigen Neustart in der Verkehrspolitik wirklich ernst nimmt. Ein echter Neustart bedeutet dabei nicht nur neue Inhalte, sondern auch neue Verantwortungsträger. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der aktuelle Verkehrsdezernent mit seinen Entscheidungen nicht für Ausgleich, sondern für Polarisierung und vor allem zusätzlichen Stau gesorgt hat.

Deshalb gilt für uns: Unmittelbar nach der Wahl muss das Verkehrsdezernat neu besetzt werden. Wiesbaden benötigen eine Persönlichkeit, die Fachkompetenz, Mut und Gestaltungswillen mitbringt. Jemanden, der sich mit voller Kraft dafür einsetzt, Staus zu reduzieren, Verkehrsströme klug zu ordnen und wieder ein faires, respektvolles Miteinander aller Verkehrsteilnehmer zu schaffen.

Nur mit einem personellen wie inhaltlichen Neuanfang kann Wiesbaden die Blockaden der Vergangenheit hinter sich lassen und endlich eine moderne, pragmatische und ausgewogene Verkehrspolitik bekommen.

Die personelle Neuaufstellung im Verkehrsdezernat ist für uns daher Bedingung für eine Regierungsbeteiligung nach der Kommunalwahl.

Zeit für schnelle Baustellenabwicklung und bessere Baustellenkoordination

Wiesbaden steckt im Stau – nicht zuletzt wegen einer Vielzahl von Baustellen. Einige davon sind notwendig, um unsere Infrastruktur zu erhalten und zu modernisieren. Diese Maßnahmen unterstützen wir ausdrücklich. Doch zahlreiche weitere Bauprojekte gehen

auf Fehlentscheidungen der aktuell regierenden Kooperation aus Grünen, SPD, Linken und Volt zurück und belasten Verkehr und Stadt unnötig.

Deswegen wollen wir die Baustellen auf die wirklich notwendigen Vorhaben begrenzen. Ideologisch geprägte Straßenumbaumaßnahmen, wie die Reduzierung der Fahrspuren auf der Schwalbacher Straße, lehnen wir ab.

Damit notwendige Baustellen künftig schneller fertig werden und besser aufeinander abgestimmt sind, wollen wir eine Stabsstelle „Baustellenbeschleunigung und Baustellenkoordination“ einrichten – eine moderne, schlanke Einheit, die ausschließlich dafür zuständig ist, Baustellen effizienter zu planen, zu bündeln und zu steuern. Diese Stabsstelle soll durch die Umwidmung bestehender Stellen entstehen; zusätzliche Stellen werden dafür nicht geschaffen.

Wir wollen klare Anreize setzen, um Baustellen schneller abzuschließen: Schnelle Bauausführung und sparsame Nutzung des Straßenraums sollen belohnt werden. Die neue Stabsstelle überwacht diese Vorgaben konsequent und geht zugleich gegen sogenannte Geisterbaustellen vor – also Baustellen, auf denen über längere Zeit kein erkennbarer Fortschritt stattfindet. In solchen Fällen sollen Baustellen zurückgebaut oder angepasst werden, um den Verkehr möglichst wenig zu beeinträchtigen.

Zugleich müssen die zahlreichen Baustellen in Wiesbaden deutlich besser miteinander koordiniert werden. Nur so verhindern wir parallele Sperrungen, unnötige Staus und überlastete Ausweichrouten.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir den Baustellenstau in Wiesbaden spürbar reduzieren. Für eine funktionierende Stadt, in der Mobilität wieder möglich ist – dafür stehen die Freien Demokraten Wiesbaden.

Förderung des ÖPNV auf der Schiene – Sinnvolle Schienenprojekte statt einer überflüssigen Straßenbahn

Die Freien Demokraten in Wiesbaden setzen auf eine leistungsfähige, schienengebundene Mobilität – jedoch auf wirklich relevante Schienenprojekte statt auf eine Straßenbahn, die von der Wiesbadener Bevölkerung abgelehnt wird und enorme Mittel binden würde. Während Grüne, SPD, Linke und Volt wertvolle Zeit damit verlieren, die Straßenbahn neu zu beleben, wurden wichtige und sinnvolle Schienenprojekte über Jahre vernachlässigt. Wir wollen das ändern.

Wallauer Spange konsequent voranbringen

Die Wallauer Spange hat für uns höchste Priorität. Sie ermöglicht die direkte Anbindung des Wiesbadener Hauptbahnhofs an die Schnellfahrstrecke Köln–Frankfurt und damit eine Fahrzeit von nur rund 15 Minuten zum Flughafen Frankfurt.

Ein zusätzlicher Haltepunkt bei Wallau bzw. Wiesbaden-Delkenheim verbessert nicht nur die Anbindung dieses Stadtteils an den Schienenverkehr, sondern bietet auch Chancen für eine Entlastung des alten Ortskerns durch eine dort zu schaffende Verbindungsstraße und für eine bessere Erreichbarkeit des Gewerbegebiets Delkenheim. Es handelt sich also auch um ein Projekt zur Wirtschaftsförderung und für mehr Lebensqualität.

Wir erwarten vom zukünftigen Verkehrsdezernat, dieses Projekt mit vollem Einsatz zu beschleunigen.

Reaktivierung der Aartalbahn – Entlastung für Wiesbaden und den Taunus

Die Reaktivierung der Aartalbahn ist ein weiterer zentraler Baustein für einen attraktiven ÖPNV, der Pendlerinnen und Pendler aus dem Taunus vom ÖPNV überzeugen kann. Wer bequem und zuverlässig mit der Bahn nach Wiesbaden kommt, muss nicht mehr mit dem Auto in die Stadt fahren – das reduziert Staus und steigert die Mobilitätsqualität für alle.

Wir wollen dabei den Vorschlag des Rheingau-Taunus-Kreises aus dem Jahr 2020 aufgreifen, der eine Ringbahnlösung von Diez über Wiesbaden nach Niedernhausen und Idstein vorsieht. Diese Option wollen wir ergebnisoffen prüfen.

Taktverdichtung der Ländchesbahn

Gerade die östlichen Vororte profitieren von einer häufigeren Taktung der Ländchesbahn. Eine Verbesserung des Angebots steigert die Attraktivität des ÖPNV, ohne Menschen zu bevormunden oder sie zum Verzicht auf das Auto zu zwingen, wenn sie darauf angewiesen sind. Deswegen setzen wir uns auf der Ländchesbahn für eine Taktverdichtung ein.

S-Bahnhalt Mainz-Kostheim endlich realisieren

Seit Jahren wird ein S-Bahnhalt in Mainz-Kostheim diskutiert – passiert ist jedoch wenig. Für die Rheinschiene wäre ein solcher Halt ein bedeutender Schritt hin zu einer besseren ÖPNV-Anbindung und zu einer Entlastung der Straßen. Wir wollen dieses Projekt endlich voranbringen. Dies kann außerdem auch die dort stark frequentierten Buslinien entlasten und so den ÖPNV insgesamt attraktiver machen.

Zuverlässigkeit der Rheingau-Linie (RB10) wiederherstellen

Die aktuelle Situation auf der Rheingau-Linie ist unhaltbar: Verspätungen und Ausfälle gehören für viele Fahrgäste zum Alltag. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat im RMV-Aufsichtsrat zu wenig Druck für Verbesserungen aufgebaut. Ein leistungsfähiger ÖPNV ist aber nur attraktiv, wenn er zuverlässig funktioniert. Dafür muss sich ein neuer Verkehrsdezernent oder eine neue Verkehrsdezernentin im RMV-Aufsichtsrat einsetzen.

Wir setzen auf moderne, leistungsfähige und klug ausgewählte Schienenprojekte, die Wiesbaden wirklich voranbringen. Die Freien Demokraten stehen für eine Verkehrspolitik, die Staus reduziert, Angebot schafft und Mobilität ermöglicht – statt sie einzuschränken.

Mehr Parkraum statt weiterem Abbau von Parkplätzen

In den vergangenen Jahren sind in Wiesbaden – insbesondere in der Innenstadt und in ohnehin parkraumarmen Stadtteilen – zahlreiche Parkplätze ersatzlos weggefallen. Diese Politik der Verknappung von Parkraum werden wir Freie Demokraten nicht fortsetzen. Für uns gilt: Eine funktionierende Stadt braucht ausreichend Parkmöglichkeiten, damit Wege kurz bleiben, der Verkehr flüssig läuft und Wohnquartiere entlastet werden.

Gleichzeitig sind insbesondere Menschen, die mit dem Auto in die Innenstadt kommen für hohe Umsätze in den dortigen Geschäften verantwortlich. Deswegen trägt es auch zur Förderung des Einzelhandels bei, wenn das Parken in der Innenstadt wieder attraktiver wird. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine deutliche Reduzierung der Parkgebühren in städtischen Parkhäusern ein.

Um weitere Parkflächen zu schaffen, wollen wir prüfen, ob leerstehende oder ungenutzte Flächen in moderne, begrünte und stadtverträgliche Parkhäuser umgewandelt werden können. Solche Anlagen sollen nicht nur zusätzlichen Parkraum schaffen, sondern gleichzeitig zur Attraktivität der Innenstadt oder des jeweiligen Quartiers beitragen – etwa durch ergänzende Nutzungen oder eine hochwertige Gestaltung. Möglich sind dabei etwa Roof-Top Bars oder andere Freizeitmöglichkeiten, die auch zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen.

Auch in den Vororten spitzt sich die Parksituation zunehmend zu. Um Wohngebiete zu entlasten und Straßenräume wieder funktionsfähig zu machen, wollen wir perspektivisch ebenfalls geeignete Standorte für Quartiersparkhäuser prüfen.

Unser Ziel ist klar: Mehr Ordnung, mehr Entlastung des Straßenraums und mehr Lebensqualität – statt immer weniger Parkmöglichkeiten.

Wissenschaftliche Analyse der Wegebeziehungen in Wiesbaden – für schnelleres Ankommen in der ganzen Stadt

Für eine leistungsfähige und zukunftsfeste Verkehrspolitik braucht Wiesbaden endlich eine wissenschaftlich fundierte Grundlage. Nach dem Scheitern des Mobilitätsleitbilds ist es notwendig, die bestehenden Verkehrszellen umfassend und objektiv zu analysieren. Dies konnte das Mobilitätsleitbild nicht leisten. Vielmehr diene es als Vehikel, um wiederum eine Straßenbahn in Wiesbaden durchzusetzen. Ziel einer neuen und objektiven Analyse ist es, Verkehrsströme so zu gestalten, dass alle Verkehrsteilnehmer – ob zu Fuß, mit dem Rad, dem Auto oder dem ÖPNV – möglichst schnell und sicher von A nach B gelangen.

Wir Freie Demokraten setzen dabei auf das Prinzip der klaren Trennung der Verkehrsträger. Nur wenn die unterschiedlichen Verkehrsarten eigene und effiziente Wege nutzen können, lassen sich Staus reduzieren, Konflikte vermeiden und die Leistungsfähigkeit der gesamten städtischen Infrastruktur erhöhen.

Eine wissenschaftsbasierte Verkehrsanalyse ist damit der erste Schritt für eine moderne, sachorientierte Verkehrsplanung, die nicht ideologisch, sondern evidenzbasiert arbeitet – und die Mobilität für alle Wiesbadenerinnen und Wiesbadener verbessert.

Dabei legen wir einen besonderen Wert auf die Erstellung eines Verkehrskonzepts für die Stadtteile im Wiesbadener Osten. Diese sind besonders vom Durchgangsverkehr betroffen und gerade bei Problemen auf den Autobahnen und Bundesstraßen um Wiesbaden herum besonders belastet.

Wiesbaden als Modellregion für autonome Mobilität

Während andere Parteien weiterhin auf Konzepte von gestern setzen, wollen wir Freie Demokraten Wiesbaden konsequent in die Zukunft führen. Autonome Mobilität wird in den kommenden Jahren einen zentralen Beitrag zur Modernisierung des Verkehrs leisten – und Wiesbaden soll dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Unser Ziel ist es, die Landeshauptstadt zu einer Modellregion für autonome Mobilität zu entwickeln und die Chancen dieser Technologie frühzeitig zu nutzen.

Autonome Shuttles können insbesondere dort einen Mehrwert schaffen, wo klassische Buslinien bisher an ihre Grenzen stoßen. Gerade schwer erschließbare Quartiere erhalten dadurch eine flexible, verlässliche und bedarfsgerechte Anbindung an den ÖPNV – etwa als eine Art Zubringershuttle on demand. Wir wollen dieses Angebot in ausgewählten Stadtteilen testweise einführen, um Erfahrungen zu sammeln und die Mobilitätsplanung evidenzbasiert weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus können autonome Fahrzeuge stark frequentierte Buslinien entlasten. Ein hierfür prädestiniertes Einsatzgebiet ist die Verbindung zwischen Wiesbaden

Hauptbahnhof und dem Dernschen Gelände. Auch hier setzen wir uns für Pilotprojekte ein, um die Leistungsfähigkeit der Technologie zu erproben und einen echten Mehrwert für die Fahrgäste zu schaffen.

Mit autonomen Mobilitätslösungen öffnen wir Wiesbaden für moderne Verkehrskonzepte, steigern die Attraktivität des ÖPNV und schaffen zukunftsfähige Alternativen – ohne ideologische Einschränkungen, sondern mit Innovationsgeist und Pragmatismus.

ESWE Verkehr als moderner Busbetrieb – Fokus auf das Wesentliche

Die verfehlte Verkehrspolitik von Grünen, SPD, Linken und Volt hat ESWE Verkehr in den vergangenen Jahren in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Erst als – wie von den Freien Demokraten gefordert – der Fokus wieder auf einen leistungsfähigen Busverkehr gelegt wurde, konnte sich die Lage stabilisieren. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen und ESWE Verkehr zugleich zu einem modernen, serviceorientierten Busbetrieb weiterentwickeln.

Attraktive Arbeitsbedingungen für Busfahrerinnen und Busfahrer

Ein funktionierender ÖPNV steht und fällt mit seinem Personal. Wir wollen daher die Arbeitsbedingungen weiterverbessern und insbesondere Busfahrerinnen und Busfahrern die Wertschätzung zukommen lassen, die sie verdienen. Eine angemessene und wettbewerbsfähige Bezahlung ist entscheidend, um Abwanderungen zu verhindern und ausreichend Fahrpersonal für Wiesbaden zu gewinnen und zu halten. Fahrtausfälle wegen zu wenig Personal dürfen sich nicht mehr wiederholen.

Neuer Betriebshof – Chancen prüfen, finanzielle Realität beachten

Für die vollständige Umstellung auf Elektromobilität benötigt ESWE Verkehr perspektivisch einen neuen Betriebshof. Wir stehen einem solchen Projekt grundsätzlich offen gegenüber, sehen jedoch erhebliche finanzielle Herausforderungen. Die von Grünen, SPD, Linken und Volt verursachte Haushaltslage lässt aktuell keine verantwortbare Millioneninvestition ohne gründliche Prüfung zu. Für uns Freie Demokraten gilt daher: Erst die finanzielle Situation klären, dann Prioritäten setzen und die Realisierbarkeit eines neuen Betriebshofs seriös bewerten.

Einfacher, digitaler und kundenfreundlicher ÖPNV

Für die Fahrgäste kann ESWE Verkehr besser werden – insbesondere beim Ticketkauf. Wir wollen die eigene ESWE-App einsparen und stattdessen alle Fahrkarten, inklusive der beliebten Sammelkarte, vollständig über die bewährte RMV-App anbieten. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Sammelkarte preislich stabil bleibt und die Nutzung des ÖPNV nicht weiter verteuert wird.

Neben digitalen Lösungen wollen wir auch den analogen Fahrkartenverkauf erhalten. Vorverkaufsstellen in Kiosken oder bei anderen Einzelhändlern sind für viele ältere Menschen unverzichtbar – und werden daher weiterhin von uns unterstützt. Langfristig streben wir eine einfachere und intuitivere Ticketabwicklung nach internationalem Vorbild an – etwa durch moderne NFC-Systeme wie in London.

Mehr Orientierung für Fahrgäste

Mit Einführung des neuen Nahverkehrsplans müssen Umsteigemöglichkeiten an Haltestellen und in den Fahrzeugansagen deutlich klarer kommuniziert werden, auch in englischer Sprache. Dies hilft nicht nur Pendlerinnen und Pendlern, sondern insbesondere Touristinnen und Touristen, das Liniennetz besser zu verstehen und leichter durch Wiesbaden zu navigieren.

Fehlentscheidungen sind reversibel – für weniger Stau, besseren Verkehrsfluss und weniger Umweltbelastung

Die von Grünen, SPD, Linken und Volt geprägte Verkehrspolitik der vergangenen Legislaturperiode hat Wiesbaden spürbar belastet. Zahlreiche Maßnahmen führten zu mehr Stau, längeren Reisezeiten und unnötigen Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für die örtliche Wirtschaft. Die Freien Demokraten treten dafür an, diese Fehlentscheidungen konsequent zu revidieren und die Verkehrspolitik wieder an Vernunft, Leistungsfähigkeit und Praxisorientierung auszurichten.

1. Keine Spurreduzierung auf der Schwalbacher Straße

Die geplante Spurreduzierung auf einer der wichtigsten Einfallstraßen der Stadt würde zu hohen Kosten und zusätzlichem Stau führen. Wir lehnen dieses Projekt entschieden ab. Nach der Kommunalwahl werden wir den entsprechenden Beschluss aufheben und den Verkehrsfluss auf der Schwalbacher Straße sichern. Die eingesparten Mittel wollen wir sinnvoll einsetzen – etwa für Schulsanierungen oder zur Stärkung der Feuerwehr.

2. Pförtnerampel an der Berliner Straße abschalten

Die sogenannte Pförtnerampel an der Berliner Straße erzeugt künstliche Staus und erhebliche Zeitverluste für Pendlerinnen und Pendler sowie für Handwerksbetriebe. Ihre

Notwendigkeit wurde nie nachgewiesen. Wir setzen uns für eine testweise Abschaltung mit wissenschaftlicher Begleitung ein – eine Maßnahme, die auch der Oberbürgermeister angekündigt, aber nie umgesetzt hat. Da frühere Abschaltungen keine negativen Effekte gezeigt haben, streben wir die vollständige Deaktivierung der Ampel an.

3. Rechtsabbiegen am Landeshaus wieder ermöglichen

Die Sperrung der Rechtsabbiegemöglichkeit am Landeshaus in Richtung Biebrich zwingt Autofahrer zu großen Umwegen über den Hauptbahnhof – die sogenannte „Kowol-Gedächtnisschleife“. Dies führt zu unnötigem Stau und zusätzlicher Umweltbelastung. Wir wollen die Umweltspur an dieser Stelle so anpassen, dass das Rechtsabbiegen kurzfristig und kostengünstig wieder möglich wird. Alternativlösungen mit Baumfällungen oder Eingriffen in den Grünstreifen lehnen wir ausdrücklich ab, um den dortigen Baumbestand zu schützen.

4. Tempo-40-Zonen abschaffen – punktuell Tempo 30 einführen

Die Einführung von Tempo 30/40 auf zentralen Hauptverkehrsstraßen hat sich nicht bewährt. Weder wurden Unfallzahlen reduziert, noch ließ sich ein relevanter Effekt auf Lärm- oder Luftbelastung feststellen. Zugleich sorgen ständig wechselnde Höchstgeschwindigkeiten für Frust. Wir werden die Regelung vollständig zurücknehmen und wieder eine einheitliche Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf den Hauptachsen einführen.

An echten Gefahrenstellen – etwa vor Schulen, Kitas oder Senioreneinrichtungen – bleibt es selbstverständlich bei bedarfsgerechten Tempo-30-Bereichen.

Weitere verkehrliche Barrieren beseitigen

Auch zahlreiche weitere künstliche Verkehrsbehinderungen der letzten Jahre – wie jüngst die Poller im Dichterviertel – werden wir kritisch überprüfen und dort, wo sie den Verkehrsfluss beeinträchtigen, zurückbauen. Unser Ziel ist eine Verkehrspolitik, die Mobilität ermöglicht – statt sie zu blockieren.

Bedarfsgerechte und marktwirtschaftliche Förderung der E-Mobilität

Die Freien Demokraten setzen sich für eine moderne, bedarfsgerechte und marktwirtschaftlich organisierte Förderung der Elektromobilität ein. Dazu gehört für uns vor allem, dass der Ausbau der Ladeinfrastruktur nicht länger faktisch von einem einzigen Anbieter dominiert wird. Auch private Unternehmen sollen künftig Ladesäulen im öffentlichen Straßenraum errichten dürfen – fair, transparent und unter einheitlichen

Rahmenbedingungen. Nur so entsteht ein innovativer, leistungsfähiger Markt, der den Bürgerinnen und Bürgern echte Wahlfreiheit bietet.

Ebenso wichtig ist eine deutlich bessere Abstimmung bei der Standortwahl neuer Ladesäulen. In der Vergangenheit wurden Standorte häufig ohne Rücksprache mit den Ortsbeiräten festgelegt – oft an Stellen, an denen weder Bedarf besteht noch ausreichend Parkraum vorhanden ist. Das hat zu berechtigtem Ärger und unnötigen Belastungen in besonders parkraumknappen Quartieren geführt.

Wir Freie Demokraten fordern daher eine verbindliche Beteiligung der Ortsbeiräte sowie eine konsequente Bedarfsprüfung vor jeder neuen Standortentscheidung. Ziel ist eine Ladeinfrastruktur, die zur tatsächlichen Nachfrage passt, Parkraum nicht zusätzlich verknappt und die Akzeptanz der E-Mobilität erhöht.

Wohnen

Wiesbaden bleibt ein Magnet zum Leben

Wohnraum ist knapp und teuer. Wir Freie Demokraten setzen auf Bauen statt Verboten, um den Druck zu mindern. Wir stehen für kreative Nachverdichtung, neue Bauformen und flexible Konzepte, die Flächen effizient nutzen und bezahlbares Wohnen ermöglichen. Denkmalpflege darf nicht zur Modernisierungsbremse werden, sondern soll mit Augenmaß Entwicklung ermöglichen.

Wir wollen Eigentum fördern und private Vermieter entlasten: Wer vermietet, soll nicht benachteiligt, sondern ermutigt werden. Denn wenn Vermieten unattraktiv wird, profitieren nur große Konzerne – und die Vielfalt am Wohnungsmarkt geht verloren. Anstatt in der Wohnungsfrage Ideologie über Fakten zu stellen, sorgen wir für ein größeres Angebot an Wohnungen in allen Segmenten. Leerstehende Bürogebäude oder brachliegende Gewerbeflächen sollen zügig in Wohnungen umgewandelt werden, wo immer möglich. So verbinden wir das Ziel von mehr Wohnungen mit dem berechtigten Wunsch nach Parks, Klima- und Naturschutz. Wiesbaden kann wachsen, ohne seine grüne Seele zu verlieren – durch kluge Stadtplanung, Dach-/ Fassadenbegrünung und moderne Architektur schaffen wir lebenswerten, urbanen Wohnraum im Einklang mit der Umwelt.

Bauen beschleunigen – Potentiale heben

Angesichts explodierender Preise und eingebrochener Baugenehmigungszahlen in Hessen müssen wir alle Hemmnisse für den Wohnungsbau abbauen. Wir werden Planungsverfahren radikal beschleunigen: Parallelisierung von Bauleitplanung und Gutachten, digitale Antragsverfahren und verbindliche Fristen in den Ämtern sorgen dafür, dass neue Projekte schneller starten. Außerdem setzen wir uns für innovative Wohnformen ein: Ob Baugemeinschaften, Mikro-Apartments für Azubis und Studierende oder modulare Bauweisen – Vielfalt statt Einheitslösungen belebt den Markt. Die Stadt soll z.B. Erbbaurechte an gemeinschaftliche Wohnprojekte vergeben, um engagierten Gruppen bezahlbares Bauen zu ermöglichen. Wir stehen zum Zukunftsprojekt Ostfeld als neue urbane Wohn- und Arbeitsquartier. Sobald alle rechtlichen Hürden gefallen sind, braucht es Tatkraft für die Umsetzung. Der faire Umgang mit den Eigentümern der zu erwerbenden Flächen ist für uns dabei essenziell. Freie Demokraten sehen jede Enteignung höchst kritisch und stets nur als allerletztes Mittel. Wir achten auf einen umweltverträglichen Ausbau und eine gute Verkehrsanbindung. Insgesamt gilt: Mehr Bauflächen ausweisen – von großen Projekten wie Ostfeld bis zu kleineren Konversionsflächen in den Vororten. Wiesbaden darf keine Chancen mehr verstreichen lassen, wenn irgendwo neues Zuhause für Familien entstehen kann.

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans wurden zahlreiche Flächenpotentiale identifiziert. Diese gilt es nun zügig zu realisieren, insbesondere dort, wo dies in den Ortsbezirken selbst auf Zustimmung stößt.

Bei Abwägungsfragen muss die Sicherstellung des Wohnraumbedarfs mindestens gleichberechtigt mit Fragen des Landschafts- und Bodenschutzes behandelt werden.

Bau-Turbo nutzen

Mit dem Bauturbo gibt die Bundesregierung den Kommunen die Möglichkeit an die Hand, bestehende Wohngebiete großzügig zu erweitern. Wir wollen diese Möglichkeiten ausschöpfen, um unbürokratisch und ohne weitere Verzögerung neuen Wohnraum zu schaffen.

Gleichzeitig müssen Stadtplanungsamt und Bauaufsicht in die Lage versetzt werden, Anfragen von privaten Bauherren, die die Regelungen des Bau-Turbos nutzen wollen, zügig und rechtssicher beantworten.

Maß und Mitte statt ideologischer Regulierung

Wir erteilen dirigistischen Eingriffen in den Wohnungsmarkt eine Absage. Zweckentfremdungs-Satzungen und Leerstandsgesetz lehnen wir ab – in Wiesbaden stehen nicht überdurchschnittlich viele der Wohnungen leer und wenn dann meist kurzfristig für Renovierung oder Mieterwechsel. Es gibt kein strukturelles Leerstandsproblem in unserer Stadt, Fluktuation ist normal und teils nötig. Eigentümer pauschal zu bestrafen, wie manche fordern, hält Wohnungen nicht günstiger, sondern schafft Misstrauen. Stattdessen setzen wir auf Anreize, damit leerstehende Immobilien rasch wieder Vermietung finden – z.B. eine städtische Plattform zur Leerstandsvermittlung in Kooperation mit Eigentümerverbänden. Ebenso sehen wir starre Sozialwohnungsquoten kritisch. Wir wollen sozialen Wohnungsbau fördern, aber klug: einen ausgewogenen Anteil sozial geförderter Wohnungen bei neuen größeren Bebauungen halten wir für sinnvoll – allerdings ohne die gesamte Wohnfläche per Zwang zu belegen. Eine 50%-Quote oder gar 100%-Sozialbaugelände lehnen wir ab, da sie das mittlere Segment verdrängen und private Investoren abschrecken. Selbst die hessische Wohnungswirtschaft warnt, höhere Quoten würden Bau-Investitionen ausbremsen. Unsere Devise: Zusammenarbeit mit privaten Bauträgern statt Konfrontation. Vorkaufsrechte will die FDP nur sehr gezielt nutzen, weil die öffentliche Hand bislang kein günstigerer Bauherr ist als private Entwickler. Viel wichtiger ist es, die städtischen Wohnungsunternehmen zu befähigen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können – aber nicht als Monopolisten, sondern im Wettbewerb. Auch diesen städtischen Gesellschaften muss es ermöglicht werden, durch

Mieteinnahmen den Investitions- und Sanierungsbedarf zu decken, damit Pleiten wie das Palast Hotel sich nicht wiederholen.

Die Kommunale Mietpreisbremse

ist keine Mietpreisbremse, sondern nur eine Zeitstafel zu Anhebung der Mieten bis zur Höchstgrenze des Mietspiegels. Sie ist daher linke Symbolpolitik. Wir möchten die zweite Miete, die Mietnebenkosten in den Blick nehmen und die Möglichkeiten nach Entlastung prüfen und ausschöpfen. Bei verpflichtendem Fernwärmeanschluss fordern wir vom städtischen Versorger eine faire Preisfindung über indizierte Vergleichspreise, statt monopolistischer Preissetzung.

Soziale Durchmischung und Eigentum fördern

Eine lebendige Stadt braucht Vielfalt. Wir sorgen dafür, dass in neuen Quartieren soziale Infrastruktur und verschiedene Wohnformen parallel entstehen – von der Kita bis zur Senioren-WG und vom geförderten Wohnraum bis zum Eigenheim. Reine „Sozialbausiedlungen“ nach altem Muster sind nicht unser Weg; wir wollen, dass in Wiesbaden Menschen aller Einkommen in einer Nachbarschaft leben können. Deshalb bleiben Milieuschutz-Satzungen und Mietpreisbremsen für uns der falsche Ansatz – sie bekämpfen Symptome, nicht Ursachen, und schrecken private Vermieter ab. Stattdessen unterstützen wir Wohneigentum für die Mitte: Die Eigentumsquote in Wiesbaden liegt mit unter 30% viel zu niedrig.

Durch neue Modelle wie Mietkauf, Baugenossenschaften und erleichterten Zugang zu Baugrund (Einheimischenmodelle) wollen wir mehr Familien den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen. Damit wollen wir verhindern, dass eingesessene Familien durch den Kostendruck aus Wiesbaden „fliehen“, sondern eine Chance erhalten, hier ein Eigenheim zu bauen. Eigentum bedeutet Sicherheit und Vermögensbildung – wir Liberale sehen darin einen Schlüssel für sozialen Aufstieg. Unser Ziel ist ein Wohnungsmarkt, der genug Angebot bereithält, sodass Mieten durch Wettbewerb bezahlbar bleiben und jeder eine Chance hat, in Wiesbaden ein Zuhause zu finden, ohne dass die Politik mit Verbotskeule und Bürokratie alles verteuert.

Kein Ausverkauf von Wohnraum

Wiesbaden soll eine Stadt bleiben, in der Menschen, die hier leben und arbeiten, auch wohnen können. Wir beobachten mit Sorge, dass immer mehr Immobilien in der Metropolregion vollkommen undurchsichtig durch große Fonds oder Käufer aus dem Ausland erworben werden, die keinen Bezug zur Stadt haben. Wir setzen uns daher für Transparenz beim Immobilienerwerb und eine bevorzugte Behandlung ortsansässiger

Familien und Erwerbstätiger bei der Vergabe städtischer Flächen oder Erbbaurechte ein. Ziel ist kein Abschottungsgedanke, sondern der Schutz des lokalen Wohnraums für diejenigen, die hier ihr Leben aufbauen.

Im nächsten Jahrzehnt werden zahlreiche städtische Erbbauverträge in den Wiesbadener Wohnsiedlungen auslaufen. Wir setzen uns dafür ein, hier schnell Planungssicherheit zu schaffen und diese Erbbaurechte entweder zu marktüblichen Konditionen zu verlängern oder den bisherigen Erbbaurechtnehmern die Möglichkeit zum Kauf des Grundstücks zu geben.

Wohnen für Studis und Azubis

Wiesbaden ist Hochschulstadt. Mit der Hochschule RheinMain, der Hochschule Fresenius studieren hier rund 14.000 junge Menschen, hinzu kommen jedes Jahr viele Auszubildende in Wiesbadener Betrieben. Gerade für diese Gruppen ist bezahlbarer Wohnraum jedoch knapp. Wir wollen deshalb gezielt mehr Angebote für Studierende und Azubis ermöglichen, von klassischen Wohnheimen bis zu zeitgemäßen, kleineren und gemeinschaftlichen Wohnformen. Hier sehen wir auch die städtischen Wohnungsgesellschaft in der Verantwortung. Mehr passende Plätze für diese Zielgruppen entlasten zugleich den allgemeinen Wohnungsmarkt.

Stellplatzsatzung abschaffen

Wir treten für eine Abschaffung der Verpflichtung zur Schaffung von Stellplätzen bei Bauprojekten in Wiesbaden ein. Gerade in den innerstädtischen Bezirken wirkt sie Stellplatzverpflichtung als Strafsteuer auf die Schaffung von Wohnraum. In den Vororten soll die Anzahl der zu errichtenden Stellplätze individuell in den Bebauungsplänen festgelegt werden.

Stadtentwicklung und Bauen

Mehr Wertschätzung für den öffentlichen Raum

In der Verwaltung und in den städtischen Gesellschaften braucht es viel mehr Verantwortungsbewusstsein für den öffentlichen Raum. Dieser wird an vielen Stellen der Stadt von Tag zu Tag weniger attraktiv. Pflaster wird aufgerissen und anschließend geteert, hässliche Verteilerkästen werden in historische Parkanlagen gestellt und die Regeln zur Stadtmöblierung werden eher als Empfehlung, denn als Richtlinie wahrgenommen. Hier braucht es dringend ein Umdenken, damit Wiesbaden wieder als gepflegte, hochwertige Stadt erlebbar ist. Wir wollen klare Gestaltungsstandards, die verbindlich gelten, und eine konsequente Bau- und Unterhaltssteuerung nach dem Prinzip „wie vorgefunden“. Dazu gehören saubere, fachgerechte Wiederherstellung nach Eingriffen, abgestimmte Standorte und Gestaltung für Technik im öffentlichen Raum sowie eine verbindliche Qualitätssicherung, bevor Maßnahmen abgenommen werden. Öffentlicher Raum ist kein Restposten, sondern Visitenkarte und Lebensraum, und genau so muss er behandelt werden.

Zurückhaltung bei der aktiven Bodenpolitik – Die Stadt ist nicht der bessere Investor

Unter dem Deckmantel der Aktiven Bodenpolitik haben die Stadt und ihre Gesellschaften in den letzten Jahren wahl- und planlos Flächen und Immobilien aufgekauft. Vielfach hat sich die Stadt damit Problemimmobilien ans Bein gebunden oder private Entwicklungen verhindert.

Wir wollen die städtische Bodenpolitik wieder auf den richtigen Pfad führen. Gekauft werden sollen nur Flächen, für die in näherer Zeit eine städtebauliche Entwicklung möglich ist oder die als Tausch- und Ausgleichsflächen genutzt werden können.

Auf dem Immobilienmarkt hat die öffentliche Hand zurückhaltend zu reagieren. Beispiele wie der Zollspeicher, das Palast Hotel oder die City Passage zeigen, dass Immobilien bei der Stadt oft schlechter aufgehoben sind als bei privaten Investoren.

Denkmalschutz

Unsere Stadt ist zurecht stolz auf ihre historische Bausubstanz. Deswegen gilt es auch unsere Baudenkmäler zu erhalten. Vorfälle wie in Bierstadt, wo denkmalgeschützte Häuser erst bewusst dem Verfall preisgegeben wurden, um anschließend eine Abbruchgenehmigung zu erhalten, dürfen nicht mehr vorkommen.

Für die Zukunft gilt es, pragmatische Lösungen zu finden, die Denkmalschutz und die Interessen der Eigentümer in Einklang bringen. Auflagen des Denkmalschutzes müssen für die Eigentümer wirtschaftlich tragbar bleiben.

Kochbrunnenplatz/Palast Hotel

Die Stadt kann die Sanierung des Palast Hotels kaum aus eigener Kraft stemmen. Den derzeitigen Plan, dass die GWW im Palast Hotel künftig Luxus-Seniorenwohnungen und Business-Wohnungen anzubieten soll, lehnen wir ab. Beides ist nicht die Aufgabe der städtischen GWW und müsste zudem mit zahlreichen Millionen aus dem städtischen Haushalt bezuschusst werden. Für das Palast Hotel muss eine privatwirtschaftliche Lösung gefunden werden.

Im Rahmen der Bauarbeiten des Palast Hotels muss auch die Sanierung des Kochbrunnenplatzes angegangen werden. Dabei soll sich so weit wie möglich an den historischen Strukturen orientiert werden.

Der Kochbrunnenplatz wird derzeit aber zu oft als beliebig verfügbare Abstell- und Experimentierfläche genutzt. Baucontainer, Tiny Houses, Klimakiste, Kunstobjekte und sogar Stellplätze für die Staatskanzlei stehen nebeneinander, ohne erkennbare Ordnung oder Idee. Es fehlt ein stimmiges Gesamtkonzept, das Gestaltung, Aufenthaltsqualität und Nutzung zusammenbringt. Das wollen wir ändern und dem Kochbrunnenplatz wieder einen klaren Rahmen und eine erkennbare Handschrift geben.

Schützenhofplatz

Nach einem entsprechenden Antrag der Freien Demokraten im Stadtparlament hat die städtische SEG die ehemalige Sportarena in der Langgasse gekauft. Wir treten dafür ein, dass SEG und Stadt das Grundstück gemeinsam entwickeln.

In einem ersten Schritt soll der Plattenbau aus den 60er-Jahren abgerissen und damit eine architektonische Wunde unserer Innenstadt geheilt werden. Die SEG soll den nördlichen Teil des Grundstücks neubebauen, während die Stadt auf dem südlichen Teil die heutige Alfons-Paquet-Straße zusammen mit der Schützenhofstraße zu einem neuen Stadtplatz weiterentwickelt, der Schiffchen und Langgasse miteinander verbindet. So schaffen wir einen neuen Impuls für die Innenstadt und geben der Gastronomie im Schiffchen mehr Platz.

RheinMainUfer-Konzept umsetzen

Mit dem RheinMainUfer-Konzept ist eine gelungene Richtschnur für die Aufwertung der Wiesbadener Flusssufer vorgelegt worden. Es gilt nun, diese Konzeption zügig mit Leben

zu füllen. Besondere Priorität genießen für uns die Maßnahmen zwischen Schiersteiner Hafen und dem Biebricher Zollspeicher.

Der Verkehrsversuch zur Sperrung des Rheinuferes im Sommer 2025 war schlecht vorbereitet und umgesetzt und hat damit zurecht zu Empörung bei Anwohnern, Geschäftsinhabern und Nutzern geführt. Durch die Terminierung der Sperrungen auf Wochenenden in den Sommerferien konnten die Auswirkungen eines autofreien Rheinuferes auf die umliegenden Quartiere nicht realistisch erfasst werden.

Ein autofreies Rheinufer kommt für uns daher erst in Frage, wenn ein erneuter, unter realistischen Bedingungen durchgeführter Verkehrsversuch zeigt, dass eine Sperrung des Rheinuferes ohne massive zusätzliche Belastungen der umliegenden Quartiere und einen Verkehrskollaps möglich ist.

Stadteingänge aufwerten

Die Stadteingänge prägen den ersten Eindruck von Wiesbaden, für Gäste ebenso wie für Pendlerinnen und Pendler. Wir wollen diese Ankunftsorte gestalterisch und funktional aufwerten, damit sie einladend wirken und dem Anspruch unserer Stadt gerecht werden. Das hierzu entwickelte Konzept aus dem Jahr 2012 soll aktualisiert, priorisiert und anschließend konsequent umgesetzt werden.

Leitbild für nachhaltiges Bauen auf Bundesstandard reduzieren

Das „Leitbild Nachhaltiges Bauen der Landeshauptstadt Wiesbaden“ hat städtische Bauprojekte noch komplizierter, noch langsamer und noch teurer gemacht. Statt die sinnvollsten Lösungen für jedes einzelne Projekt zu finden, sind die bauenden Ämter dazu gezwungen, eine Checkliste abzuarbeiten und möglichst viele Punkte zu sammeln.

Das führt zu unbefriedigenden Ergebnissen, z.B. wenn bei Schulneubauten auf Bäume verzichtet wird, weil die Kosten durch andere Maßnahmen zum „nachhaltigen Bauen“ bereits deutlich gestiegen sind.

Wir werden das Leitbild daher aussetzen und das Bundesniveau als Standard für Wiesbaden setzen, sodass ein angemessenes Verhältnis zwischen zusätzlichen Kosten und Treibhausgas-Einsparungspotential sichergestellt werden kann.

Wirtschaft

Wirtschaft Raum zum Wachsen geben

Wir weisen zusätzliche, gut angebundene Gewerbe- und Mischgebiete aus und entwickeln bestehende Standorte weiter, z.B. über eine Überarbeitung der bestehenden Bebauungspläne und die Erhöhung von Geschossflächenzahl (GFZ) und Grundflächenzahl (GRZ) und die damit einhergehende Verdichtung.

Wir werden aber auch neue Gewerbegebiete ausweisen, nicht zuletzt um den durch die Ansiedlung der Landespolizei im Petersweg verlorenen Gewerbeflächen auszuweisen.

Für sämtliche Gewerbeflächen werden wir ein engmaschiges Flächenmonitoring einführen.

Ziel muss es sein, heimischen Unternehmen, die expandieren wollen und auswärtigen Unternehmen, die ins Rhein-Main-Gebiet ziehen wollen, jederzeit passende Flächenangebote machen zu können.

Aktives Standortmarketing

Wir werben aktiv national und international um Unternehmen, die in Wiesbaden investieren und mit der Stadt wachsen wollen. Dafür braucht es eine professionelle Standortvermarktung, klare Ansprechpartner, schnelle Entscheidungen und verfügbare Flächen. So schaffen wir neue, gute Jobs vor Ort und erhöhen zudem unsere Steuereinnahmen, damit wir weiter in Bildung und Infrastruktur investieren können.

(Jugend-)arbeitslosigkeit bekämpfen

Wiesbaden ist zwar wirtschaftlich stark, trotzdem liegt die Arbeitslosigkeit im Rhein-Main-Vergleich seit Jahren auf einem viel zu hohen Niveau. Auch im Vergleich mit Nachbarstädten wird deutlich, dass wir unser Potenzial nicht ausschöpfen. Besonders alarmierend ist die Entwicklung bei der Jugendarbeitslosigkeit: Wiesbaden gehört hier zu den Schlusslichtern unter den westdeutschen Großstädten. Das ist eine dramatische Situation, da es hier um Lebenschancen einer ganzen Generation geht.

Gleichzeitig beschleunigt der Strukturwandel den Druck auf Arbeitsplätze, vor allem im Einzelhandel und in Teilen der Industrie.

Wiesbaden muss daher aktiv um neue Unternehmen und Zukunftsbranchen werben und den bestehenden Arbeitgebern den Weg nach vorn erleichtern, statt ihn mit zusätzlichen Hürden zu verbauen.

Fachkräftemangel bekämpfen

Wir wollen mehr Menschen für Ausbildung, Technik und zukunftsfähige Berufe gewinnen und Betriebe bei der Fachkräftesicherung unterstützen. Dazu stärken wir MINT-Angebote in außerschulischen Bildungsformaten und wollen in Wiesbaden ein Tumo-Zentrum aufbauen, um Jugendliche früh für Technik, Medien und Digitalisierung zu begeistern.

Ergänzend brauchen Eltern verlässliche Betreuung, deshalb wollen wir flexiblere KiTa-Öffnungszeiten ermöglichen, damit Familie und Beruf besser zusammenpassen.

Berufsschulen sollen technisch so ausgestattet werden, dass sie mit den Ausbildungsbetrieben Schritt halten, inklusive moderner Werkstätten und digitaler Lernumgebungen.

Wir treten für die Erweiterung und Weiterentwicklung von Angeboten seitens des ortsansässigen Handwerks, Handels, Gewerbes, Industrie etc. durch zusätzliche Vorstellung von Berufsbildern, wie bei MakerSpace oder Ausbildungsmessen z.B. auch in Schulen für die Abschlussklassen, ein.

Die klügsten Köpfe in Wiesbaden halten

Vor dem Hintergrund, den Standort für qualifizierte Nachwuchskräfte weiterhin attraktiv zu gestalten, wollen wir eine Verbesserung der Infrastruktur und der Umfeldbedingungen für junge Menschen, z. B. durch die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Wir begrüßen Kooperationen und eine verstärkte Interaktion mit der Hochschule RheinMain, den anderen in Wiesbaden ansässigen Hochschulen sowie privaten Bildungsträgern, initiiert durch die Stadt. Studentinnen und Studenten sollten mehr in das Stadtleben integriert werden.

Insgesamt soll sich Wiesbaden aktiv als hochklassiger Bildungsstandort mit ausgezeichneten Ausbildungsbetrieben und einer ebenso vielfältigen wie hochklassigen Hochschullandschaft positionieren.

Neue private Hochschulen & Universitäten für Wiesbaden anwerben

Leider war die Stadtregierung nicht in der Lage, die Law School der EBS in Wiesbaden zu halten. Dennoch zeigt die Hochschule Fresenius, dass Wiesbaden ein guter Standort für private Hochschulen und Universitäten sein kann. Wir wollen uns daher aktiv um die Ansiedlung weiterer privater Bildungseinrichtungen kümmern.

Gute Infrastruktur & Staufreiheit

Eine gute Infrastruktur und ein fließender Verkehr sind auch für die Wiesbadener Wirtschaft essentiell – so kommen Waren und Kunden schneller an und Beschäftigte zuverlässig zur Arbeit. Die Erreichbarkeit der Innenstadt werden wir wieder verbessern.

Serviceorientierte Verwaltung

Ob Baugenehmigung, Aufenthaltserlaubnis für Mitarbeiter oder Flächenanfragen. Für alle Kontaktpunkte der Wirtschaft mit der Stadtverwaltung setzen wir konkrete, realistische Serviceversprechen, die die Wertschätzung der Stadt für die Wirtschaft verdeutlicht und sie nicht zum Bittsteller degradiert.

Zertifizierung als „mittelstandsfreundliche Kommune“

Die Freien Demokraten wollen Wiesbaden als “mittelstandsfreundliche Kommune” zertifizieren lassen. Dabei verpflichtet sich die Stadtverwaltung u.a. dazu, Unternehmen bei Anträgen und Anfragen schnell zu antworten, Fristen einzuhalten und eine mittelstandsfreundliche Politik zu betreiben. Die Erfüllung dieser Ziele wird regelmäßig von unabhängigen Stellen überprüft. Wiesbaden wäre nicht nur die erste Kommune im Rhein-Main-Gebiet, die sich als “mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung” zertifizieren ließe, sondern auch die mit Abstand größte Stadt bundesweit.

Gründerhauptstadt Wiesbaden

Start-ups, Innovationstreiber, Hidden Champions und die Kreativwirtschaft schaffen die Arbeitsplätze von morgen. Wiesbaden soll Gründerinnen und Gründer nicht ausbremsen, sondern willkommen heißen. Eine starke Gründerkultur entsteht dort, wo gute Ideen schnell in die Umsetzung kommen. Dafür müssen Genehmigungen und alle formalen Schritte rund um den Start deutlich zügiger funktionieren. Wir wollen Gründeranliegen deshalb nach dem Prinzip „One-Stop-Shop“ organisieren, mit einem zentralen Ansprechpartner, der bei allen Fragen koordiniert und Verfahren beschleunigt.

Damit Wiesbaden sein Potenzial ausschöpft, braucht es außerdem eine enge Vernetzung von Wirtschaft, Hochschulen, IHK, Handwerkskammer, etablierten Gründungsorten und der Stadt.

Die Wirtschaftsförderung muss ein schlüssiges Gründer-Marketingkonzept erarbeiten, das die Stärken Wiesbadens klar herausarbeitet und im In- und Ausland für unseren Standort im Herzen Europas wirbt. Dieses Konzept soll gemeinsam mit erfahrenen Akteuren vor Ort entwickelt werden, etwa mit Gründungszentren und Investorennetzwerken. Zugleich wollen wir thematische Förder- und Entwicklungsflächen

für Schwerpunkte ermöglichen, beispielsweise in Bereichen wie Gesundheit, Pflege, Wellness, Daten und Sicherheit, wo Wiesbaden durch seine Einrichtungen und Institutionen besondere Standortvorteile hat.

Handwerk stärken

Das Handwerk hat in Wiesbaden zu selten goldenen Boden. Zu häufig werden die kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe, die teilweise seit Generationen in Familienhand sind, durch Bürokratie, steuerliche Belastungen und die Verkehrspolitik gegängelt. Wir wollen durch den Abbau dieser Hemmnisse mehr Geld und Zeit für die notwendigen Investitionen geben. Durch die verbesserte Ausbildung von Fachkräften an unseren Berufsschulen und die Attraktivierung der beruflichen Ausbildung wollen wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Bei der Handwerksagenda muss die Verwaltung den Worten endlich Taten folgen lassen und die beschlossenen Punkte mit Leben füllen.

Wir wollen das Modell des Handwerkerparkausweises weiterführen, um den hiesigen Handwerksbetrieben die Arbeit zu erleichtern.

Industrie in Wiesbaden

Wiesbaden ist weit mehr als Kurstadt. Über Jahrzehnte war die Stadt auch ein starker Industriestandort, und genau diese industrielle Basis dürfen wir nicht weiter verlieren. In den letzten Jahren sind Betriebe und damit gute Arbeitsplätze abgewandert. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Auch wenn Dienstleistungen weiterwachsen, bleibt Industrie unverzichtbar, für Wertschöpfung und Innovation.

Wirtschaftsförderung und Stadtplanungsamt müssen die Industriegebiete deshalb konsequent zukunftsfähig aufstellen. Dazu gehören die Sicherung und Modernisierung bestehender Standorte, eine bessere Ausnutzung vorhandener Flächen und, wenn Betriebe wegfallen, eine aktive Nachansiedlung. Gleichzeitig braucht Industrie Planungssicherheit. Erweiterungsoptionen dürfen nicht dadurch verbaut werden, dass Wohnbebauung zu nah an Gewerbe und Produktion heranrückt.

Den Weg zur Klimaneutralität müssen wir als Stadt begleiten, nicht ideologisch erschweren. Wir lehnen das pauschale Anprangern einzelner Branchen oder Unternehmen ab. Der Ordnungsrahmen kommt von Europa, Bund und Land. Darüber hinausgehende zusätzliche Auflagen aus dem Rathaus würden Investitionen bremsen und Arbeitsplätze gefährden. Unser Ziel ist eine Industrie, die in Wiesbaden bleibt, modernisiert, transformiert und hier eine Zukunft hat.

Gesundheitsstandort Wiesbaden

Wiesbaden muss sich als Standort für Unternehmen und Institutionen aus der Gesundheits- und Medizinbranche offensiver positionieren. Wiesbaden verfügt nicht nur über eine gute medizinische Grundversorgung, sondern mit der Deutschen Klinik für Diagnostik (DKD) auch über eine Klinik mit Weltruf sowie zahlreichen erfolgreichen Unternehmen für Medizintechnik und der Pharmabranche. Sowohl an der Hochschule RheinMain als auch an der Hochschule Fresenius werden erstklassige Führungskräfte für die Gesundheitsbranche ausgebildet. Ziel muss es sein, ihnen hochwertige Arbeitsplätze vor Ort anzubieten und sie somit in unserer Stadt zu halten. Mit der Ansiedlung werden auch Ausbildungskapazitäten in der Gesundheits-, Pflege- und Pharmabranche geschaffen, die dabei helfen können, den Fachkräftebedarf in den Mangelberufen teilweise zu decken.

Wirtschaftliche Strukturen vor Ort

In den Wiesbadener Randlagen und Vororten dünnt die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur immer stärker aus. Um die "Stadt der kurzen Wege" Realität werden zu lassen, muss die wohnortnahe Versorgung erhalten bleiben. Daher wollen wir, dass das Stadtplanungsamt und die Wirtschaftsförderung Hand in Hand arbeiten, um attraktive Ortsmitten zu schaffen, in denen die Bewohner auch in Zukunft ihren täglichen Bedarf decken können.

Landwirtschaft

Wir unterstützen die Wiesbadener Landwirte bei der Direktvermarktung ihrer Produkte. Auch den Wiesbadener Winzern möchten wir zusätzliche Vermarktungschancen eröffnen, nicht nur zur Rheingauer Weinwoche. Deshalb setzen wir auf den weiteren Ausbau der Weinstände in den Vororten, prüfen, ob bestehende Standorte auch ganzjährig betrieben werden können, und wollen die Weingüter stärker in den Wiesbadener Wochenmarkt einbinden. Unterstützung soll es dabei für alle Betriebe geben, unabhängig davon, ob sie bio oder konventionell wirtschaften.

Innenstadt & Fußgängerzone

Sauberkeit der Fußgängerzone

Viele Besucher der Wiesbadener Innenstadt beschwerten sich über die dort herrschende Verschmutzung. Die Stadt steht deswegen in der Pflicht, für mehr Sauberkeit zu sorgen. Dies wollen wir u.a. durch eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Mülleimer in der gesamten Fußgängerzone sicherstellen. Mit den Einzelhändlern und Gastronomen in der Fußgängerzone wollen wir ein rechtssicheres Modell entwickeln, dass eine häufigere Reinigung der neuralgischen Stellen, ohne massive Kostensteigerungen für die Anlieger, ermöglicht. Eine Verpackungssteuer lehnen wir strikt ab.

Feste und Events in der Innenstadt

Das Stadtfest ist in Wiesbaden zwar zu einem festen Termin geworden, hat aber bislang kein klar erkennbares eigenes Profil entwickelt und ist in der Stadtgesellschaft noch zu wenig verankert. Dass zuletzt private Sponsoren einspringen mussten, um Programmpunkte wie das Konzert zu finanzieren, zeigt den Handlungsbedarf. Wir wollen das Stadtfest deshalb evaluieren und auf dieser Basis gemeinsam mit City-Management, Gastronomie und Einzelhandel eine Neuausrichtung erarbeiten, damit aus einem Termin ein echtes Wiesbadener Format mit Wiedererkennungswert und tragfähigem Konzept wird.

Die weiteren größeren Feste in der Stadt (Bspw. Rheingauer Weinwoche, Kranzplatzfest, Theatrium, Taunusstraßenfest, etc.) wollen wir unbürokratisch unterstützen. Für öffentliche Veranstaltungen wollen wir eine radikale Entlastung von bürokratischen Hürden, wo es für uns als Stadt möglich ist. Für uns ist klar: Vorschriften müssen nach ihrem Nutzenfaktor abgewogen werden; sofern kein Mehrwert erkannt wird, setzen wir uns für eine ersatzlose Streichung dieser ein. Um auch die Attraktivität des Nachtlebens in Wiesbaden zu fördern, wollen wir nach dem Frankfurter Vorbild einen Nachtrat schaffen, in dem Vertreter des Wiesbadener Nachtlebens sowie Politik und Wirtschaft sich gemeinsam beraten können, um einen wirklichen Fortschritt zu erreichen.

Die Verträge für Winterstubb und Sommermarkt laufen demnächst aus. Die Winterstubb wird von den Wiesbadenern gut angenommen und sollte daher fortgeführt werden.

Unterstützung der Gastronomie

Wir wollen Parklets und Außengastronomie weiterhin großzügig und unbürokratisch genehmigen, sofern die Flächen dauerhaft genutzt werden. Nicht oder kaum genutzte

Parklets müssen zurückgebaut werden. Ein Heizpilzverbot und eine Wiedereinführung einer Sperrstunde wird es mit uns nicht geben.

Verkaufsoffene Sonntage

Wir Freie Demokraten wollen in Wiesbaden mehr verkaufsoffene Sonntage ermöglichen und die landesrechtlichen Spielräume konsequent ausschöpfen. Das stärkt den Einzelhandel, belebt die Innenstadt und schafft zusätzliche Anlässe, Wiesbaden zu besuchen. Nach derzeitigem Stand kann so ein weiterer verkaufsoffener Sonntag realisiert werden, dessen Termin wir gemeinsam mit den Wiesbadener Einzelhändlern festlegen werden.

Leerstand kreativ nutzen

Bereits heute ist der Leerstand in der Innenstadt deutlich sichtbar. Leere Ladengeschäfte und zugeklebte Schaufensterscheiben lassen das Flair der Innenstadt leiden. Die Wirtschaftsförderung soll über ein professionelles Leerstandsmanagement Abhilfe schaffen. Konkret soll mit den Eigentümern leerer Einzelhandelsflächen über Zwischennutzungen beispielsweise über Pop-Up Stores oder andere kurzfristige Vermietungen gesprochen werden. Start-Ups, Kulturinitiativen und Direktvermarktern soll die Möglichkeit gegeben werden, leerstehende Flächen zu vergünstigten Mietzahlungen bei kurzen Kündigungsfristen zu nutzen.

Sicherheitsbedingte Zufahrtsbeschränkungen für die Innenstadt

Obwohl europaweit schon lange etabliert, verfügt Wiesbaden über keine physischen Zufahrtsbeschränkungen für die Fußgängerzone. Die ursprünglich angekündigten sogenannten Terrorpoller lassen weiterhin auf sich warten. Wir setzen uns weiterhin für Poller ein, die außerhalb der Lieferzeiten die Ein- und Ausfahrt verhindern. Krankenwagen, Polizeifahrzeuge, Taxis etc. erhalten Transponder zum Absenken der Poller. Zusammen mit fest installierten und ansprechend gestalteten Betonvorrichtungen kann so ein günstigeres und sicheres System geschaffen werden, das zudem dafür sorgt, dass Besucher der Innenstadt nicht mehr Slalom um Lieferfahrzeuge und LKWs laufen müssen.

Stärkung City-Manager

Durch die direkte Anbindung des City-Managements an das Wirtschaftsdezernat wurde die Position gestärkt. In den letzten Jahren hatte dieser durch die ZIZ-Bundesmittel (Bundesprogramm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren) zudem de facto ein eigenes

Budget. Wir wollen sicherstellen, dass das Citymanagement auch nach Auslaufen des Förderprogramms über ausreichende Mittel verfügt, um schnell und unbürokratisch handeln zu können.

Wiesbadener Brunnen

Wasser gehört zur DNA Wiesbadens. Offene Wasserflächen machen die Innenstadt attraktiver, laden zum Verweilen ein und helfen zugleich bei der Klimaanpassung, weil sie an heißen Tagen zur spürbaren Abkühlung beitragen. Wir wollen deshalb die in der Innenstadt begonnene Nutzung vorhandener, unterirdischer Quellen weiter vorantreiben und bestehende Wasserstrukturen gezielt ausbauen. Wir wollen den Faulbrunnen sowie den Brunnen in der Wagemannstraße wieder in Betrieb nehmen.

Zudem wollen wir an geeigneten Stellen in der Stadt endlich die vom Magistrat lange angekündigten Trinkbrunnen umsetzen, zuerst am Mauritiusplatz und auf dem Dern'schen Gelände.

Sicherheit, Sauberkeit und Brandschutz

Wiesbaden, aber sicher! – Mehr Freiheit durch mehr Sicherheit

Für uns Freie Demokraten steht fest: Sicherheit ist die Grundlage von Freiheit. Nur wer sich in seiner Stadt sicher bewegen kann, kann sein Leben selbstbestimmt gestalten. Viele Wiesbadenerinnen und Wiesbadener erleben jedoch gerade die Innenstadt als unsicher. Die aktuelle Linkskooperation verweist auf Statistiken – wir nehmen dagegen die tatsächlichen Erfahrungen der Menschen ernst und handeln.

Verbesserung der Beleuchtung

Ein zentraler Baustein ist die deutliche Verbesserung der Beleuchtung im öffentlichen Raum. Wir wollen dunkle Ecken beseitigen und mit einem modernen, energieeffizienten Beleuchtungskonzept für mehr Sicherheit sorgen. Eine ansprechende Beleuchtung historischer Gebäude steigert zugleich die Attraktivität der Innenstadt und unterstützt deren wirtschaftliche Belebung. Besonders Bushaltestellen sollen heller und übersichtlicher werden; an neuralgischen Punkten wollen wir sie zusätzlich mit Notrufmöglichkeiten ausstatten.

Stadt- und Landespolizei müssen Präsenz zeigen – öffentliche Räume nicht aufgeben

Sicherheit braucht zudem sichtbare Präsenz der Polizeibehörden. Deshalb setzen wir auf mehr Fußstreifen der kommunalen Ordnungsbehörde und der Landespolizei, vor allem an bekannten Gefahrenschwerpunkten. Gerade an entstehenden Drogenhotspots – etwa am Kirchenreulchen, in der Rheinstraße oder am Luisenplatz – ist eine dauerhafte Präsenz durch entsprechende Fußstreifen notwendig. Der Einzelhandel und die Anwohner dürfen nicht länger gezwungen sein, aus eigener Tasche private Sicherheitsdienste zu finanzieren. Der öffentliche Raum gehört allen Bürgerinnen und Bürgern.

Gleichzeitig setzen wir uns für die Stärkung des Programms Schutzmann/Schutzfrau vor Ort ein, um den Menschen wohnortnah direkte Ansprechpartner der Polizei zu geben.

Testphase für Pfefferspraypistolen

Um die Stadtpolizei für diese Aufgaben zu stärken, wollen wir eine Testphase für Pfefferspraypistolen als Ausstattung der Stadtpolizei einführen. Die Ergebnisse sollen transparent bewertet werden und Grundlage für eine dauerhafte Entscheidung sein.

Drogen- und Bettelbanden keine Ruhe lassen

Wir Freie Demokraten wollen eine Balance aus Prävention und Durchsetzung des Rechtsstaats. Deshalb setzen wir der offenen Drogenszene in Wiesbaden auch gezielte Kontrollen entgegen. Das konsequente Vorgehen der Stadtpolizei gegen aggressive Bettelbanden unterstützen wir ausdrücklich.

Sicherer Heimweg

Auch der sichere Heimweg ist uns ein wichtiges Anliegen – gerade für Senioren und Frauen. Das bereits etablierte Heimwegtelefon soll deutlich sichtbarer beworben werden, etwa durch Plakate an Sicherheits-Hotspots und am Hauptbahnhof. Ergänzend werden wir ein Nachttaxi-Angebot für Frauen und Seniorinnen und Senioren prüfen und die Möglichkeiten städtischer Unterstützung ausloten.

Sicherheit am Platz der deutschen Einheit wiederherstellen

Ein besonderer Fokus gilt dem Platz der Deutschen Einheit, der sich zu einem Brennpunkt der Unsicherheit entwickelt hat. Nach Aufhebung der Alkoholverbotszone berichten Schulen und Anwohner von einer deutlichen Verschlechterung der Lage. Wir werden deshalb alle geeigneten Maßnahmen prüfen, um die Sicherheit gerade für Schülerinnen und Schüler wieder zu verbessern – einschließlich einer ergebnisoffenen Neubewertung eines möglichen Alkoholverbots.

Unterflurglascontainer einführen

Altglascontainer sind an vielen Stellen in unserer Stadt regelrechte Sammelbecken für Müll und Verschmutzung im direkten Umfeld. Wir wollen nicht nur in Neubaugebieten die Versenkung dieser Containeranlagen im Boden (Unterflurcontainer). Dazu sollen in den kommenden fünf Jahren schrittweise auch bestehende Standorte umgerüstet werden. Die Erfahrung zeigt, dass das Umfeld der Unterflurcontainer sauberer und leiser ist und diese zudem einen barrierefreien Zugang zur Entsorgung von Glas bieten.

Wilden Sperrmüll konsequent beseitigen – Verursacher bestrafen

Wilder Sperrmüll ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Ärgernis für Anwohner, ein Kostenfaktor für alle und ein massiver Qualitätsverlust für den öffentlichen Raum. Wir wollen illegale Ablagerungen konsequent und schnell beseitigen, damit Vermüllung nicht zum Normalzustand wird. Gleichzeitig muss das Risiko für Verursacher spürbar steigen: durch mehr Kontrollen an bekannten Hotspots, konsequente Bußgelder und, wo möglich, eine eindeutige Zuordnung und Ahndung.

Verlässliche Stimme für Feuerwehr und Katastrophenschutz – Wir stehen an der Seite derer, die unsere Stadt sicher halten

Die Feuerwehr in Wiesbaden – ob Berufsfeuerwehr oder Freiwillige Feuerwehr – leistet täglich Beeindruckendes. Sie schützt Leben, hilft in Notlagen und ist in Krisensituationen unverzichtbare Stütze unserer Stadt. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wer für die Sicherheit aller Verantwortung übernimmt, hat Anspruch auf bestmögliche Rahmenbedingungen und volle Rückendeckung der Politik.

Wir setzen uns seit Jahren konsequent für die Stärkung der Feuerwehr ein. Dabei ist uns besonders wichtig, dass sich die Einsatzkräfte auf moderne Infrastruktur, funktionierende Technik und verlässliche Finanzierung verlassen können. Die Freiwillige Feuerwehr trägt nicht nur maßgeblich zur Einsatzbereitschaft bei, sondern ist mit ihrer Kinder- und Jugendarbeit, der Nachwuchsförderung und ihrem Engagement in den Vororten ein zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dieses Engagement darf nicht durch veraltete Gebäude oder unzureichende Ausstattung ausgebremst werden.

In den vergangenen Haushaltsrunden wurden dringende Investitionsbedarfe angemeldet – insbesondere für die Sanierung maroder Sanitäreinrichtungen in den Gerätehäusern. Viele dieser Gebäude sind in einem Zustand, der modernen hygienischen und arbeitsorganisatorischen Anforderungen längst nicht mehr entspricht. Die Feuerwehr hatte allein für 2025 Investitionen von über 10 Millionen Euro beantragt. Die Linkskooperation jedoch bewilligte lediglich rund 5 bis 5,5 Millionen Euro – und davon muss bereits rund eine Million in neue Einsatzfahrzeuge fließen. Aus liberaler Sicht ist klar: Wer Sicherheit ernst nimmt, darf bei der Feuerwehr nicht sparen. Die Freien Demokraten werden auch in der nächsten Legislaturperiode einen klaren finanziellen Schwerpunkt auf Feuerwehr und Katastrophenschutz legen.

Gerade in unruhigen Zeiten braucht es eine solide Sicherheitsinfrastruktur. Dazu gehört für uns auch, Schutzräume in Wiesbaden wieder in einen belegungsfähigen Zustand zu versetzen und Leuchtturmprojekte des Katastrophenschutzes aktiv zu unterstützen. Symbolpolitik reicht nicht – wir wollen echte Verbesserungen erreichen, spürbar und nachhaltig.

Auch vor diesem Hintergrund setzen wir uns für ein Sofortprogramm zur Stärkung von Feuerwehr und Katastrophenschutz ein. Grundlage dafür soll eine umfassende Bestandsanalyse aller Liegenschaften von Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr, sowie des Katastrophenschutzes sein, um bauliche und technische Defizite systematisch zu erfassen. Darauf aufbauend wollen wir eine verbindliche Prioritätenliste erstellen und die Sanierungen der Liegenschaften deutlich beschleunigen. Auch die Feuerwache 1 benötigt dringend eine Neubauplanung, die wir unmittelbar nach der Kommunalwahl anstoßen wollen – der bauliche Zustand lässt keinen Aufschub zu.

Finanzen und Beteiligungen

Städtische Finanzen wieder in den Griff bekommen

Die Haushaltslage der Stadt Wiesbaden ist dramatisch. Die einst stolzen Rücklagen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro sind in den letzten Jahren von der linken Mehrheit im Stadtparlament bis fast auf den letzten Cent aufgebraucht worden.

Ohne ein fiskalisches Wunder und eine schnelle konjunkturelle Wende stehen der Stadt harte Zeiten bevor, zumal der finanzielle Spielraum in den nächsten Jahren aufgrund der anstehenden Zahlungen für Projekte wie den Sportpark Rheinhöhe und verschiedene andere städtische Bauprojekte weiter schrumpfen wird.

Wiesbaden braucht endlich wieder gesunden Menschenverstand in der Finanzpolitik.

Wiesbaden hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem

Trotz Rekordsteuereinnahmen kann Wiesbaden 2025 voraussichtlich nicht mit einem ausgeglichenen Haushalt abschließen. Das zeigt: Wiesbaden muss bei seinen Ausgaben sparen.

VZÄ-Deckel einziehen

Der Personalaufwuchs der vergangenen Jahre hat maßgeblich zur schwierigen Haushaltslage unserer Stadt beigetragen. Über zu lange Zeit wurden neue Stellen zu freigiebig geschaffen und manche Bereiche der Stadt personell aufgebläht, nicht zuletzt die Dezernatsbüros.

Wir setzen uns daher für einen „VZÄ-Deckel“ ein, der die Anzahl der Vollzeitäquivalente auf dem derzeitigen Stand einfriert und von dem nur die Bereiche Feuerwehr und Kinderbetreuung ausgenommen sind. Beantragt ein Dezernent eine neue Stelle, so muss er in seinem Bereich oder an einer anderen Stelle der Stadtverwaltung eine Kompensation finden.

So werden die politischen Spitzen der Verwaltung endlich zu einer echten Aufgabenkritik und einer Priorisierung in ihren Bereichen gezwungen und der Anstieg der Personal- und Versorgungsaufwendungen deutlich gebremst.

Zero Based Budgeting

Das Zero Based Budgeting ist nach einer Probephase zu Anfang der Wahlperiode leider in Vergessenheit geraten. Für künftige Haushalte wollen wir das Prinzip des Zero-Based-

Budgeting einführen. Dabei werden Budgets nicht einfach Jahr für Jahr fortgeschrieben, sondern bei jeder Haushaltsaufstellung von Grund auf überprüft und begründet. So lässt sich klar erkennen, welche Ausgaben tatsächlich notwendig sind und welche Maßnahmen ihre Ziele erreichen. Unwirksames oder Überflüssiges kann konsequent gestrichen werden, während Bereiche mit nachweisbarem Nutzen gezielt gestärkt werden. Das schafft Transparenz, erhöht die Steuerungsfähigkeit und schützt vor der Verschwendung von Steuergeld.

Grundsteuer

Die Umstellung auf das neue Grundsteuersystem hat bei vielen Grundstücksbesitzern zu verständlichem Ärger geführt. Die konkrete Ausgestaltung der Steuer liegt jedoch beim Land, weswegen Kommunen und Betroffene den Ausgang der anhängigen Klagen abwarten müssen. Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass die Grundsteuer aufkommensneutral bleibt und setzen uns weiterhin für stabile Grundsteuersätze ein.

Duschsteuer abschaffen

Mit der Erhebung der Wasserverbrauchssteuer will das Linksbündnis im Stadtparlament über 15 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich einnehmen. Für eine vierköpfige Familie würde dies eine Mehrbelastung von ca. 200 Euro im Jahr bedeuten.

Die Kommunalaufsicht hat diese Duschsteuer beanstandet, ein rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichtshofes steht noch aus. Anträge der Freien Demokraten, die Duschsteuer wieder zurückzuziehen, wurden abgelehnt. Damit steht eine Erhebung weiter im Raum.

Die FDP wird diese Steuer nicht weiterverfolgen und die entsprechende Satzung schnellstmöglich aufheben. Da sich der individuelle Wasserverbrauch im Haushalt kaum steuern lässt, wirkt die Steuer wie eine Kopfsteuer und ist damit zutiefst unsozial, zumal sie die Wohnnebenkosten damit weiter nach oben treibt.

Gewerbsteuer senken

In den letzten Jahren ist das Gewerbesteueraufkommen immer weiter gestiegen. Der Wiesbadener Haushalt finanziert sich mittlerweile zu erheblichen Teilen aus der Gewerbsteuer. Die Wiesbadener Unternehmen bewahren unsere Stadt damit vor einer noch dramatischeren finanziellen Schieflage.

Das Linksbündnis hat den Gewerbsteuerhebesatz wieder einmal erhöht. Damit hat Wiesbaden im regionalen Vergleich einen der höchsten Hebesätze. Das schwächt die Finanzkraft unserer Unternehmen und die Attraktivität des Standorts Wiesbaden. Daher

setzen wir uns für eine schnellstmögliche Reduzierung des Gewerbesteuerhebesatzes, mindestens auf die vorherige Höhe von 454 Punkte ein.

Beteiligungs- und Transparenzportal

Wie die Kernverwaltung sind auch die städtischen Gesellschaften inhärenter Teil des Wiesbadener Gemeinwesens. Dennoch bleiben häufig wichtige Entscheidungen den Augen der Öffentlichkeit vorenthalten. Unser Anspruch einer transparenten Stadt bezieht deswegen auch die kommunalen Unternehmen mit ein. Deswegen werden wir die Berichtspflichten der Gesellschaften im jährlich erscheinenden Beteiligungsbericht deutlich verschärfen. Der Beteiligungsbericht soll in Zukunft deutlich schneller nach Abschluss des Geschäftsjahrs erfolgen und durch ein digitales und öffentlich zugängliches Beteiligungs- und Transparenzportal, das auch unterjährige Entwicklungen berücksichtigt, ergänzt werden.

Aufgabenkritik auch bei den städtischen Gesellschaften

Wir wollen bei städtischen Gesellschaften eine konsequente Aufgabenkritik verankern. Jede Aufgabe und jedes Leistungsangebot sollen regelmäßig darauf geprüft werden, ob es noch notwendig ist und ob es effizienter, günstiger oder innovativer durch private Anbieter im Wettbewerb erbracht werden kann. Wo der Markt bessere Lösungen bietet, soll die Stadt sich auf Steuerung und Kontrolle konzentrieren statt auf eigenen Betrieb. So sichern wir Qualität und entlasten dauerhaft den Haushalt.

Neufassung Beteiligungskodex

Die Novellierung des Beteiligungskodex ist überfällig. Dabei sind folgende Punkte für die Freien Demokraten prioritär:

- die Rechte des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds müssen gestärkt werden, insbesondere im Hinblick auf frühzeitige und vollständige Information
- ein umfassendes Wettbewerbsverbot für städtische Geschäftsführer nach Beendigung ihrer Tätigkeit
- eine Transparenz der Sponsoring-Ausgaben städtischer Gesellschaften
- die Trennung von Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen

Externe Aufsichtsratsmitglieder

Die Freien Demokraten befürworten weiterhin die Entsendung von Stadtverordneten in die Aufsichtsräte kommunaler Unternehmen. Nur so kann eine wirksame demokratische

Kontrolle des Geschäftsgebarens der Gesellschaften sichergestellt werden. In den letzten Jahren sind jedoch die Grenzen und Nachteile dieses Systems aufgezeigt worden. Diesen Nachteilen wollen wir mit zwei Maßnahmen entgegenwirken: wir wollen von den Möglichkeiten des Beteiligungskodexes Gebrauch machen, dass in die Aufsichtsräte jeweils zwei externe Personen aufgenommen werden können, die durch ihre Fachkenntnis und/oder ihre berufliche Laufbahn mehr technische und betriebswirtschaftliche Expertise in den Aufsichtsrat bringen. Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder ist entsprechend zu erhöhen.

Transparenz und Verpflichtung zu Open Data

Alle städtischen Gesellschaften werden in die städtische Open Data-Strategie einbezogen und werden verpflichtet, am Datenportal der Stadt mitzuwirken und relevante Daten (sofern sie nicht personenbezogen sind oder Geschäftsgeheimnisse betreffen) zur Verfügung zu stellen. Zudem sollen zukünftig sowohl im Beteiligungsportal der Stadt als auch auf den jeweiligen Homepages die „Stammdaten“ der Gesellschaften veröffentlicht werden. Diese umfassen nach dem PCG-Musterkodex u.a. den Gesellschaftsvertrag, Jahresabschlüsse, Geschäftsordnungen sowie die Zusammensetzung des Aufsichtsrates.

Zukunft der Naspa

Wir erwarten von einem öffentlich-rechtlichen Geldhaus, dass es gegenüber den kommunalen Gremien mehr Transparenz walten lässt. Sitzungen der öffentlichen Gremien des ZVN müssen transparent und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auch die Naspa muss den Bürgern direkt Rechenschaft ablegen. Ein Verstecken hinter dem Konstrukt des ZVN darf nicht mehr stattfinden. Wir wollen daher im Gespräch mit den anderen Kommunen im Zweckverband erreichen, dass die dahingehenden Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofes aus der 215. Vergleichenden Prüfung vollständig umgesetzt werden.

Auf eine Ausschüttung der Gewinne der Naspa wollen wir auch weiterhin verzichten, um das Risiko einer zukünftig notwendig werdenden Einlage zu minimieren.

Digitale und bürgernahe Verwaltung

Mutig weiter digitalisieren

Immer mehr Verwaltungsdienstleistungen werden online angeboten. Wir wollen weiter Druck machen und alle Behördengänge digital ermöglichen.

Sollte doch einmal ein Besuch vor Ort nötig sein, müssen die Wartezeiten auf einen Termin deutlich gesenkt werden. Es kann nicht sein, dass man länger als einen Monat auf einen Termin im Bürgerbüro warten muss.

KI first, Bedenken second

Wiesbaden soll bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung Vorreiter werden. KI kann den Bürgerservice deutlich verbessern, etwa durch schnellere Auskünfte und effizientere Abläufe. Gleichzeitig eröffnet sie die Chance, städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Routinetätigkeiten zu entlasten, damit mehr Zeit für komplexe Fälle und persönliche Beratung bleibt. Wir wollen diesen Wandel aktiv gestalten und Wiesbaden mutig in die neuen Zeiten führen.

Eine städtische App für alles

Wir wollen eine städtische App, in der die zahlreichen Informations- und Serviceangebote der Stadt zusammengeführt werden können, z.B. der Mängelmelder, der Abfallkalender, die mattiaqua-Card oder der Bibliotheksausweis. Auch Bußgelder und Verwaltungsgebühren sollen darüber mittels Kreditkarte, Apple Pay oder Google Pay bezahlt werden können.

Englisch als zweite Verwaltungssprache

Nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt sprechen Deutsch auf einem Niveau, auf dem sie auch komplizierte Verwaltungsvorgänge verstehen können. Viele Fachkräfte, die Unternehmen und Institutionen aus dem Ausland anwerben, um den Arbeitsbedarf zu decken, verzweifeln bereits zu Beginn am Verwaltungsdeutsch und den nötigen Behördengängen. Wir werden daher Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen: In Zukunft können die wichtigsten Behördengänge (z.B. Ummeldung, Genehmigungen, etc.) auch in englischer Sprache durchgeführt werden. Dies gilt insbesondere für die Onlinedienste des Bürgerbüros und Formulare. Aber auch vor Ort sollen geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitstehen, die die Bürgerinnen und Bürger auf Englisch durch den Verwaltungsprozess lotsen.

Öffentliche Daten sind öffentliche Güter

Seit mehreren Jahren kämpfen verschiedene Interessengruppen mit unterschiedlichen Interessen um den Zugang bzw. die Verfügungstellung von Daten. Wir werden diesen Kampf beenden. Für uns sind öffentliche Daten öffentliche Güter. Sie sollen allen interessierten Parteien kostenfrei und maschinenlesbar über die Open-Data-Plattform der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Wir werden alle städtischen Gesellschaften dazu verpflichten, ihre Daten ebenfalls zur Verfügung zu stellen.

Datengetriebene Verwaltung

Zu häufig treffen Verwaltung und Stadtpolitik Entscheidungen, die sich auf Bauchgefühle, Gewohnheiten oder auf Beispiele aus anderen Städten stützen. Einmal getroffene Entscheidungen werden dann nur noch oberflächlich auf ihre Wirksamkeit und Effizienz geprüft. Wir wollen in Verwaltung und Politik eine datengetriebene Entscheidungskultur etablieren, die es der Stadtverwaltung ermöglicht, auf Grundlage hochwertiger Daten Entscheidungen zu fällen und politische Entscheidungen rigoros auf die Zielerfüllung überprüft. Eine solche Kultur kann und soll politische Entscheidungen nicht ersetzen, Entscheidungen durch eine erweiterte Informationsgrundlage jedoch verbessern.

Städtisches IT-Management

Die städtische IT hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Dennoch müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, damit die IT-Ausstattung am Arbeitsplatz mit der von privaten Unternehmen vergleichbar ist.

Die von Grünen, SPD, Linken und Volt ins Auge gefasste Umwandlung von Wivertis in einen Eigenbetrieb oder gar eine Eingliederung in die Kernverwaltung lehnen wir ab.

Die Digitalisierung der Verwaltung und vor allem die Nutzung von KI-Modellen ziehen einen deutlich gesteigerten Bedarf an Server-Kapazitäten nach sich. Diese Kapazitäten sollen unter Beachtung der DSGVO und der geltenden Datenschutzgesetze auch extern zugekauft werden können.

Word-Dokument statt Papier-Dokument

Auch die Wiesbadener Stadtverwaltung bedruckt und verbraucht jedes Jahr viele Tonnen Papier, das nach kürzester Zeit in Regalen verstaubt oder sogar seinen schnellen Weg in die Mülltonne findet. Durch die konsequente Einführung von digitalen Akten auf allen Ebenen wollen wir die papierlose Verwaltung erreichen. So sparen wir nicht nur Geld, Papier und CO₂ ein, sondern erleichtern und beschleunigen ämterübergreifendes Arbeiten.

Arbeit 4.0

Wir wollen in der Stadtverwaltung Home-Office-Quoten ermöglichen, die mit der Privatwirtschaft vergleichbar sind. Gerade in umkämpften Berufsgruppen wie der IT muss Wiesbaden als Arbeitgeber attraktiv bleiben. Wo Aufgaben und Datenschutz es zulassen, soll deshalb auch full-remote Arbeit möglich sein. Zusätzlich wollen wir für klar abgegrenzte, zeitlich befristete Vorhaben stärker mit Freelancern arbeiten, damit Projekte schneller umgesetzt werden können, ohne dauerhaft neue Stellen aufzubauen.

Abmieten von Verwaltungsstandorten

In den Haushaltsberatungen für das Jahr 2023 haben wir durchgesetzt, dass der Magistrat ein Konzept zur Reduzierung von Büroflächen erarbeiten musste. Jetzt muss es an die Umsetzung gehen. Wir setzen darauf, die städtische Bürofläche bis 2031 um mindestens 25 Prozent zu reduzieren.

Soziales

Liberale Sozialpolitik in Wiesbaden...

...stellt die individuelle Freiheit und Verantwortung ins Zentrum. Wir wollen niemanden auf die Rolle als Hilfeempfänger reduzieren, sondern jedem Menschen Chancen eröffnen, durch Bildung, Arbeit und Eigeninitiative aus eigener Kraft voranzukommen. Hilfe zur Selbsthilfe lautet unser Prinzip: Staatliche Unterstützung muss dort ansetzen, wo Menschen sich aus eigener Anstrengung verbessern wollen. Gemeinsame Aufgaben überlassen wir bevorzugt freien Trägern, Selbsthilfegruppen, Vereinen und engagierten Bürgern – sie handeln oft flexibler und näher am Bedarf als städtische Einrichtungen. Unsere Sozialpolitik zielt darauf, soziale Teilhabe durch Bildung und Arbeit zu ermöglichen, nicht durch immer neue Vorschriften. Bedürftige sind kein Mittel zum Zweck der Rechtfertigung und Selbsterhaltung von bürokratischen Strukturen und Stellenplänen, sondern Bedürftige brauchen Hilfe auf dem Weg aus der Abhängigkeit in die Eigenständigkeit. Sozialpolitik bedeutet für uns nicht Gleichmacherei, sondern gleiche Chancen auf einen selbstbestimmten Weg. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, aus eigener Kraft voranzukommen – unabhängig von Herkunft oder sozialem Umfeld.

Sozial heißt für uns: Hilfe am Anfang, Freiheit im Ergebnis.

Wir schaffen faire Startbedingungen und begleiten junge Menschen auf dem Weg ins Erwachsenenleben. Danach gilt: Jeder hat das Recht und die Pflicht, sein Leben selbst zu gestalten. Staatliche Hilfe darf nicht in dauerhafte Abhängigkeit führen, sondern muss Brücke in Eigenverantwortung bleiben.

Kinder wirksam vor Armut schützen

Es ist unerträglich, dass Wiesbaden trotz Wohlstand die zweithöchste Kinderarmutsquote in Hessen aufweist – in manchen Vierteln wie dem Westend lebt jedes zweite Kind in Armutsgefahr. Hier müssen wir entschlossen gegensteuern: Kein Kind darf wegen schwieriger Startbedingungen abgehängt werden. Unser Ansatz besteht darin, Kinder von Geburt an bis zum Schulabschluss intensiv zu begleiten und zu fördern, so dass sie danach ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und ohne Abhängigkeit vom Sozialstaat führen können. Freie Demokraten begrüßen bestehende Hilfen wie gebührenfreie KiTas in Härtefällen, kostenloses Schulmittagessen, freie Schulfahrkarten und die Familienkarte. Diese Angebote wollen wir erhalten und verbessern. Wichtig ist ein transparenter Wegweiser, der Familien alle Unterstützungsmöglichkeiten leicht auffindbar aufzeigt. Zusätzlich setzen wir auf Sachleistungen statt Bürokratie: Beispielsweise sollten wir schrittweise den Zugang zu Musikschule, Museum, Theater und Nachhilfeangeboten für betroffene Kinder erleichtern. Bildung und kulturelle

Teilhabe sind der Schlüssel, um dem Kreislauf der Armut zu entkommen und sollten schon in der KiTa einen festen Platz haben.

Gewalt entschlossen bekämpfen

Soziale Sicherheit heißt auch Schutz vor Gewalt. Wir stellen uns gegen jede Form häuslicher Gewalt – sie ist ein Tabu, das wir brechen werden. Die **Frauenhäuser** und Beratungsstellen in Wiesbaden leisten unverzichtbare Arbeit; wir werden sie nachhaltig fördern und politisch Rückendeckung geben. Es braucht einen starken Kooperationsverbund aller relevanten Stellen – von Polizei über Gerichte bis Jugend- und Sozialamt –, damit Opfer schnell Hilfe finden und Täter konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Öffentlichkeitskampagnen sollen sensibilisieren: Wegsehen kommt nicht in Frage. Unser Ziel ist klar: Wiesbaden zeigt Null Toleranz gegenüber Gewalt in Partnerschaft und Familie.

Senioren aktiv einbinden

Wiesbaden wird älter – für uns kein Grund zur Sorge, sondern ein Schatz an Erfahrung, den wir heben wollen. Wir fördern jede Initiative, die Seniorinnen und Senioren ermöglicht, ihre Lebens- und Berufserfahrung aktiv ins Stadtleben einzubringen. Ob Lesepatenschaften in Kitas, Mentorenprogramme oder Mehrgenerationen-Treffs: Unser Ziel ist ein „Dialog der Generationen“, von dem Jung und Alt profitieren. Die Akademie für Ältere werden wir stärken und um digitale Angebote erweitern, damit Ältere sicher den Umgang mit Online-Portalen und sozialen Medien erlernen. Altersarmut und Einsamkeit begegnen wir durch Teilhabe statt nur Transferleistungen: Sport- und Kulturangebote für Senioren, barrierefreie öffentliche Räume und Unterstützung für Nachbarschaftshilfen stehen auf unserer Agenda.

Inklusion vorantreiben

Eine liberale Stadtgesellschaft misst sich daran, wie sie mit Vielfalt umgeht. Wir stehen für eine Gesellschaft, die Unterschiede akzeptiert und Teilhabe ermöglicht – ob mit oder ohne Behinderung, unabhängig von Alter oder Herkunft. Inklusion gelingt nur, wenn sie nicht verordnet, sondern unterstützt wird. Konkret heißt das: Weitere Haltestellen, Gebäude und öffentliche Wege werden barrierefrei gestaltet. Privatwirtschaftliche Akteure wie Ärzte, Kultureinrichtungen oder Geschäfte fordern wir auf, ihre Zugänge für Rollstühle und Kinderwagen zu verbessern. Die Stadt wird ihre eigenen Infos konsequent auch in leichter Sprache und digital barrierefrei bereitstellen, damit jeder Bürger Amtsangebote verstehen und nutzen kann. Wir bauen auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Behindertenorganisationen und Verbänden – ihre

Expertise leitet unser Handeln. Unser liberales Leitbild ist klar: Teilhaben statt Ausgrenzen – jeder Wiesbadener soll sein Leben selbstbestimmt gestalten können, unabhängig von Einschränkungen.

Niedrigschwelliger Zugang zu Information und Unterstützung

Viele Angebote der Stadt – von Beratungen über Zuschüsse bis zu Freizeit- und Gesundheitsprogrammen – sind für Bürgerinnen und Bürger kaum überschaubar. Wir wollen, dass jeder Mensch schnell und einfach erfährt, welche Unterstützung es gibt. Dafür setzen wir auf niedrigschwellige Informationsangebote, klar verständliche Sprache, zentrale Online-Übersichten und persönliche Beratung. Niemand soll an komplizierten Zuständigkeiten scheitern. Moderne Verwaltung heißt: Bürger müssen nicht wissen, wer zuständig ist – die Stadt kümmert sich.

Soziale Systeme entlasten – Verantwortung bewahren

Unsere sozialen Systeme leisten Enormes. Damit sie funktionieren, dürfen sie nicht überfordert werden. Wir bekennen uns zu einem verantwortungsvollen Sozialstaat, der Hilfe leistet, aber nicht jeden Lebensbereich regeln will. Wo Unterstützungsstrukturen in eine dauerhafte Abhängigkeit führen, verlieren sie ihre Wirksamkeit. Wir wollen keine Helfer-Opfer-Kultur, sondern partnerschaftliche Unterstützung auf Augenhöhe – Hilfe, die befähigt statt bindet.

Der One-Stop-Shop für soziale Angebote

Wiesbaden fördert eine Vielzahl sozialer und ehrenamtlicher Projekte – aber häufig mit unterschiedlichen Zuständigkeiten, Fördertöpfen und Ansprechstellen. Das führt zu Doppelstrukturen, Mehraufwand und fehlender Transparenz. Wir setzen uns für einen zentralen One-Stop-Shop ein, der das gesamte Förder- und Dienstleistungsmanagement sozialer Angebote bündelt. Diese Koordinierungsstelle soll Anträge vereinfachen, Förderlinien zusammenführen und den Überblick für Bürger, Träger und Verwaltung schaffen. So wird aus parallelen Silos ein vernetztes System, das effizient, gerecht und nachvollziehbar arbeitet.

Gesundheit

Wiesbaden ist stolz auf seine Tradition als **“Stadt der Gesundheit”** mit Kurwesen und Spitzenkliniken. Diesen Ruf wollen wir erneuern und ausbauen: Wiesbaden soll im Wettbewerb der Gesundheitsstandorte ganz vorn mitspielen. Dafür muss Wiesbaden seine Stärken nutzen – von den hervorragend aufgestellten Akutkrankenhäusern und Fachkliniken bis zur regen Gesundheitswirtschaft in unserer Region. Wir wollen eine Gesamtkonzeption Gesundheitsstandort entwickeln, die klassische Medizin, Prävention und Wellness vereint. Gesundheitstourismus – etwa im Rheuma- und Reha-Bereich – werden wir durch gezieltes Marketing fördern, um Patienten und Gäste nach Wiesbaden zu ziehen. Kurz: Wir machen Wiesbaden zum Health-Hub Rhein-Main.

Mehr Ärzte für Wiesbaden

Eine Stadt wächst mit ihren Bewohnern – und die brauchen hausärztliche Versorgung, kurze Wege zum Facharzt und Gesundheitsangebote im Quartier. Der Hausärztemangel, vor allem auch der Kinderarztmangel, macht auch vor Wiesbaden nicht halt. Wir schaffen deshalb Anreize für junge Ärztinnen und Ärzte, sich hier niederzulassen. Dazu gehören Willkommenspakete für Praxisgründer (etwa Zuschüsse oder zinsgünstige Darlehen zur Erstausrüstung oder attraktive Praxisräume in städtischen Immobilien). Genehmigungen für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) und Gemeinschaftspraxen sollen beschleunigt und erleichtert werden, denn moderne Team-Lösungen entlasten den einzelnen Arzt und bieten Patienten umfassende Betreuung. Wir möchten Medizinstudierende früh für Wiesbaden begeistern und an unsere Stadt binden. Eine eigene medizinische Fakultät in Wiesbaden ist unsere Vision. Unsere Botschaft: Wiesbaden heißt Ärzte herzlich willkommen – mit offenen Armen und unbürokratischer Hilfe.

Neue Versorgungsmodelle nutzen

Wir reagieren pragmatisch auf den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen. Wo Ärzte fehlen, können andere Gesundheitsberufe Aufgaben übernehmen. Schon heute arbeiten im Wiesbadener Osten Gesundheitsfachkräfte als „Kümmerer“, die Patienten betreuen und so Ärztinnen entlasten. Solche Modellprojekte wollen wir unterstützen und ausweiten – zum Beispiel eine Gemeindeschwester 2.0, die als mobile Ansprechpartnerin ältere Menschen zuhause berät, oder Physician Assistants in Arztpraxen. Telemedizin werden wir gezielt fördern: Die Stadt kann Pilotprojekte für Online-Sprechstunden unterstützen, etwa telemedizinische Visiten in Pflegeheimen. Wir streben einen “Runden Tisch Gesundheit” an, in dem Kliniken, Kassen, Ärzte und Pflege zusammen mit der Politik neue Wege ausloten – ob beim Einsatz digitaler Technik, gemeinsamen Notfallpraxen oder mobilen Impfteams. Unsere Devise: Innovation ermöglichen, statt in starren

Berufsbild-Grenzen zu denken. So garantieren wir auch künftig eine flächendeckende medizinische Versorgung, gerade in ländlicheren Vororten, wo wir bei Bedarf mit kommunalen Förderprogrammen die Übernahme von Praxen durch Nachfolger erleichtern.

Wir wollen **Notaufnahmen und Arztpraxen entlasten**, die oft mit Fällen überlastet sind, bei denen eine Hausärztliche Konsultation reicht oder sogar nicht nötig ist. Daher wollen wir die schwindende **Laienkompetenz in Gesundheitsfragen** zusammen mit der EGW durch gezielte Informationsangebote, gerade auch für Menschen aus Ländern, denen unsere Gesundheitssystem fremd ist, wieder verbessern. Denkbar ist auch der Einsatz von Gesundheitslotsen. Kinder- und Jugendarztvisiten in KiTas oder Schulen sowie Beratungstage bei Elternabenden können helfen und entlasten zugleich.

Prävention vor Kurieren – Aufklärung statt Bevormundung

Liberaler Gesundheitspolitik setzt auf Eigenverantwortung und Wissen. Wir stärken daher die städtischen Programme zur Gesundheitsförderung und Prävention. Bewegung, gesunde Ernährung, Hygiene, Suchtprävention – diese Themen gehören offensiv auf die Agenda. Erfolgreiche Aktionen wie die Wiesbadener Gesundheitstage, die Kampagne „Treppe statt Aufzug“ oder Aufklärung über Impfungen und Zahnpflege werden wir weiterführen und ausbauen. Dabei gilt: Keine erhobenen Zeigefinger, sondern motivierende Aufklärung. Ideen wie ein Wettbewerb „Gesündestes Stadtviertel“ – bei dem Quartiere um die aktivste Bevölkerung konkurrieren – können spielerisch zu gesundem Verhalten anregen. Insbesondere in KiTas und Schulen übernehmen wir Verantwortung: Wir sorgen für eine flächendeckend gesunde und ausgewogene Verpflegung unserer Kinder und bauen die Gesundheitsbildung im Unterricht aus. Nach Corona ist klar: eine höhere allgemeine Impfbereitschaft schützt uns alle. Mit sachlichen Informationskampagnen arbeiten wir daran, die Impfquoten zu erhöhen – Panikmache oder Zwang lehnen wir ab.

Suchtprävention und Hilfe ausweiten

Wiesbaden soll keine anonymen Hilferufe überhören. Wir wollen die Suchtprävention stärker vernetzen und sichtbar machen. Erfolgreiche Projekte gegen Komatrinken bei Jugendlichen unterstützen wir weiter. Zudem brauchen wir Aufklärung über neue Abhängigkeiten wie Mediensucht: Wir fordern, dass an jeder Schule ein Jugendmedienschutz-Beauftragter benannt wird, um frühzeitig zu sensibilisieren. Selbsthilfegruppen leisten unschätzbare Arbeit für Suchtkranke und chronisch Kranke – die Stadt wird das Selbsthilfezentrum und den Treffpunkt Gesundheit verlässlich finanzieren und über bessere Öffentlichkeitsarbeit dafür sorgen, dass Hilfsangebote mehr Betroffene erreichen. Kurz: Wir lassen niemanden allein – von Alkoholprävention bis psychischer Gesundheit bauen wir ein Netz, das auffängt und Wege aus der Sucht zeigt.

Krankenhäuser und Notfallversorgung sichern

Wir stehen fest zu unserem Helios Klinikum (HSK) und allen Wiesbadener Krankenhäusern. Die Stadt bleibt zwar Mitgesellschafter ohne operative Kontrolle, aber wir pochen gegenüber dem Betreiber auf höchste Versorgungsqualität. Personalmangel in der Pflege und die Abwanderung von Fachärzten müssen gestoppt werden – hier erwarten wir von Helios und Co. innovative Konzepte und gute Arbeitsbedingungen. Einer Rekommunalisierung des HSK erteilen wir eine Absage; stattdessen fördern wir den Ausbau lokaler Versorgungsverbünde, in denen Klinik, Hausärzte und Pflegedienste Hand in Hand arbeiten. Die Notfallversorgung wollen wir durch eine engere Kooperation der Krankenhäuser mit dem Rettungsdienst und die Einrichtung von integrierten Notfallzentren optimieren. Niemand in Wiesbaden soll im Ernstfall länger warten müssen als nötig. Insgesamt gilt: Gesundheit ist Daseinsvorsorge – wir investieren klug in Prävention und moderne Versorgung, damit die Kosten explodierender Krankheit gar nicht erst entstehen.

Pflege – Würde im Alter durch Innovation und Familie

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen in Wiesbaden steigt rasant – sie hat sich seit der Jahrtausendwende fast verdoppelt. Immer mehr Hochbetagte benötigen Unterstützung, während immer weniger Angehörige und Fachkräfte zur Verfügung stehen. Wir stehen vor der Herausforderung, älteren Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen, ohne den städtischen Haushalt durch explodierende Pflegekosten zu überlasten. Unsere Antwort: “Ambulant vor stationär” mit liberalen Akzenten. Die meisten Pflegebedürftigen in Wiesbaden werden zuhause versorgt. Das verdient Anerkennung und unseren vollen Einsatz, diese häusliche Pflege zu stärken. Wir fördern pflegende Angehörige durch Beratungsangebote, Entlastungsleistungen und den Ausbau von Tagespflegeplätzen. Gleichzeitig müssen ausreichend stationäre Pflegeplätze vorhanden sein, um Wartelisten kurz zu halten – hier unterstützen wir Investitionen in moderne Pflegeheime und betreute Wohnanlagen, auch in Kooperation mit privaten Trägern.

Neue Wohn- und Pflegeformen fördern

Wir wollen ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld leben lassen. Dafür setzen wir auf innovative Wohnformen mit Betreuung. Ob ambulant betreute Wohngemeinschaften (zum Beispiel Demenz-WGs), Mehrgenerationenhäuser oder Service-Wohnen – Wiesbaden soll zum Vorreiter für solche Modelle werden. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden wir beauftragen, gemeinsam mit Pflegeeinrichtungen derartige bedarfsgerechte Wohnformen zu entwickeln. In jedem Neubaugebiet denken wir früh an seniorengerechtes Wohnen. Zudem erleichtern wir

bauliche Anpassungen im Bestand (Barriereumbau, Aufzüge), notfalls mit städtischen Zuschüssen, damit Menschen ihre Wohnung im Alter nicht verlassen müssen. Quartierslösungen sind uns wichtig: In jedem Stadtteil soll es Anlaufpunkte geben, an denen pflegebedürftige Menschen Betreuung finden – sei es eine Tagespflege, ein Nachbarschaftstreff mit Pflegeberatung oder ein Pflegestützpunkt. Wir regen eine digitale Pflege-Plattform der Stadt an, auf der Angehörige, Pflegedienste und Ärzte vernetzt die Versorgung koordinieren können – das spart Wege und Zeit. Dabei beziehen wir private Initiativen und Start-ups ein, z.B. Vermittlungsportale für Alltagshelfer und 24-Stunden-Betreuung.

Pflegekräfte und Angehörige entlasten

Ohne ausreichendes Personal gibt es keine gute Pflege. Wir wissen um den Fachkräftemangel und unterstützen kreative Lösungen: Wiesbaden könnte etwa in Zusammenarbeit mit Partnerstädten im Ausland und lokalen Pflegeschulen Ausbildungsprogramme auflegen, um neue Pflegekräfte zu gewinnen. Wir setzen uns auf Landesebene für flexiblere Qualifizierungsregeln ein, damit Pflegeassistenzen und Quereinsteiger einfacher in Heimen mithelfen können. Auch hier gilt: starre Vorgaben bringen nichts, wir brauchen praktische Entlastung. Gleichzeitig wollen wir pflegenden Angehörigen durch städtische Beratungs- und Entlastungsangebote beistehen, ohne aber dabei auf Kosten der Stadt Leistungen anderer vorrangiger Sozialleistungsträger zu übernehmen. Insoweit müssen wir uns z.B. die Zuständigkeiten des von den Pflegekassen finanzierten Pflegestützpunktes genauer ansehen.

Kurzzeitpflegeplätze sind wichtig, um pflegende Angehörige temporär zu entlasten.

Wir fördern Selbsthilfegruppen für Angehörige, damit Erfahrungsaustausch und psychologische Unterstützung niedrigschwellig möglich sind. Wer privat für seine Lieben da ist, verdient unseren Respekt – und Rückenwind durch die Stadt, etwa mit der Ehrenamtskarte oder kleinen finanziellen Aufwandsentschädigungen.

Vernetzung von Medizin und Pflege verbessern

Häusliche Pflege darf nicht isoliert betrachtet werden. Wir wollen, dass Hausärzte, Pflegedienste, Therapeuten und Kliniken enger zusammenarbeiten, um ältere Menschen rundum zu versorgen. Modelle wie das Gemeinde-Gesundheitszentrum (Hausarzt plus Fachpflege und Physio unter einem Dach) begrüßen wir und würden sie unterstützen. Auch hier kann Telemedizin helfen: Konsile per Video zwischen Pflegeheim und Klinik, digitale Visiten vom Hausarzt bei immobilen Patienten – wir treiben solche Lösungen in Wiesbaden voran. Unser Ziel ist ein Pflege-Netzwerk Wiesbaden, das alle Akteure an einen Tisch bringt – etwa in Form einer regelmäßigen Pflegekonferenz unter Federführung der Stadt. So erkennen wir Engpässe früh und koordinieren Plätze in Heimen, ambulante

Dienste und Krankenhausentlassungen besser. Wiesbaden muss rechtzeitig neue Heime planen können, wenn die Prognosen einen Mehrbedarf zeigen.

Würde und Selbstbestimmung im Alter

Eine liberale Pflegepolitik misst sich daran, wie viel Freiheit wir den Betroffenen erhalten. Wir unterstützen daher Initiativen, die älteren Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, selbst wenn sie Pflege brauchen. Sei es der organisierte Besuch im Theater für Rollstuhlfahrer aus dem Heim, der generationsübergreifende Spielenachmittag im Quartier oder der Seniorenbeirat, der politisch mitredet – all das verdient städtische Förderung. Schließlich stärken wir das Ehrenamt in der Pflege: Freiwillige Helferinnen als Besuchsdienste, Nachbarschafts-Netzwerke für Einkaufshilfen, „Senioren-Patenschaften“ – in Kooperation mit vielen Partnern der Stadt wollen wir solche Angebote ausbauen. So stellen wir sicher, dass niemand in Wiesbaden im Alter vereinsamt oder vergessen wird. Pflege braucht Herz und Hände – wir sorgen dafür, dass beides in unserer Stadt verfügbar ist.

Jugend

Wiesbaden ist eine junge Stadt in Bewegung: Über ein Viertel der Bevölkerung ist unter 27 Jahre alt. Diese Generation braucht keine Bevormundung, sondern Freiräume, Chancen und Beteiligung. Wir wollen Wiesbaden zu einer Stadt machen, in der junge Menschen ihre Zukunft selbstbewusst gestalten können.

Jugendbeteiligung stärken

Junge Menschen haben Anspruch darauf, gehört zu werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendparlament, Schülervertretungen und digitale Beteiligungsplattformen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Politik für Jugendliche soll nicht über ihre Köpfe hinweg passieren.

Bildung und Ausbildung als Aufstiegsversprechen

Für eine echte Aufstiegschance braucht es beste Schulen, eine enge Verzahnung von Schule und Beruf sowie moderne Ausbildungsangebote und außerschulische Bildungsstätten, wie z.B. ein TUMO-Zentrum. Wiesbaden könnte Modellstadt für praxisnahe Berufsorientierung werden – mit enger Kooperation zwischen Schulen, Betrieben und Hochschulen. Wir fördern auch „Finanzbildung“ als Präventionsangebot gegen die Schuldenfalle; kein „buy now and pay later“. Denn Schuldenprävention beginnt in der Jugend. Wir wollen, dass Finanzbildung fester Bestandteil schulischer und außerschulischer Bildung wird – damit junge Menschen lernen, mit Geld, Verträgen und digitalen Zahlungsformen verantwortungsvoll umzugehen. Ein Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen schützt vor Überschuldung und stärkt Eigenverantwortung – das ist liberale Sozialpolitik im besten Sinn.

Freiräume und Treffpunkte

Jugendliche brauchen Orte, an denen sie ohne Konsumzwang zusammenkommen können. Wir wollen die Jugendzentren modernisieren, neue offene Treffpunkte in Stadtteilen schaffen und bestehende Sport- und Kulturangebote gezielt ausbauen. Digitale Jugendangebote müssen dabei ebenso selbstverständlich sein wie analoge Räume.

Prävention statt Repression

Wir setzen auf Prävention, Beratung und Stärkung der Resilienz. Gewalt- und Drogenprävention müssen dort ansetzen, wo Jugendliche wirklich erreicht werden – in

Schulen, Vereinen, Jugendzentren und online. Repressive Maßnahmen sind für uns nur Ultima Ratio.

Mobilität und Teilhabe.

Junge Menschen brauchen günstige und flexible Mobilitätsangebote. Wir wollen bestehende Angebote verbessern, u.a. das Angebot durch Anrufsammeltaxis ausbauen. Die Sicherheit auf dem Weg zur Party und zurück ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Dafür schaffen wir im ÖPNV zu bestimmten Zeiten auch die Möglichkeit, zwischen Haltestellen auszusteigen.

Jugend in Kultur, Sport und Ehrenamt

Wiesbadens Jugend braucht Vielfalt. Wir fördern Kulturprojekte, Sportvereine und Initiativen, die jungen Menschen Verantwortung und Kreativität ermöglichen. Jugendliches Engagement verdient Anerkennung – durch Preise, Unterstützung und Freiräume.

Der Jugend Chancen geben

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen haben viele Jugendliche nachhaltig hart getroffen. Wir erkennen an, was die Mobile Jugendarbeit der Stadt leistet – sie hat sich bewährt und muss unbedingt fortgeführt und ausgebaut werden. Junge Menschen aus sozial schwachen Familien brauchen besondere Unterstützung beim Übergang in Ausbildung und Beruf. Wiesbaden bietet bereits zahlreiche Projekte zur Berufsorientierung und Qualifizierung; wir werden diese besser vernetzen und ausbauen. Erfolgreiche Initiativen – von Bewerbungsscoachings bis Jugendwerkstätten – verdienen städtische Unterstützung und Verstetigung. Speziell setzen wir uns für betreutes Jugendwohnen ein, damit gefährdete Jugendliche ein stabiles Umfeld und Beratung bekommen. Wo immer möglich, sollen Angebote freier Träger Vorrang haben, um passgenaue Hilfe „auf Augenhöhe“ zu leisten. Gleichzeitig kämpfen wir für eine gleichberechtigte Gesellschaft ohne Vorurteile: Projekte, die etwa kostenlose Hygieneprodukte in Schulen zur Verfügung stellen, damit sich auch Mädchen aus armen Familien Würde und Gesundheit leisten können, unterstützen wir.

Jugendpolitik darf nicht bevormunden, sondern muss befähigen. Unser Programm für Wiesbadens Jugend 2026 ist ein liberales Angebot der Chancen: Bildung, Beteiligung, Freiraum und Verantwortung. So schaffen wir eine Stadt, die jungen Menschen nicht nur Heimat, sondern Zukunft ist.

Integration

Liberaler Integrationskompass: Unsere Leitlinien

Integration ist keine Einbahnstraße sondern ein gemeinsamer Weg: Sie lebt vom Freiwilligen im Engagement und von klaren, chancengebenden Strukturen, nicht von Zwang. Unser Ziel ist es, jede Person, die zu uns kommt oder hier geboren ist, in die Gesellschaft zu integrieren – in gleicher Würde und mit gleichen Rechten. Über 40 % der Wiesbadener Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund darunter besonders viele Kinder im Grundschulalter – mehr als 60 % kommen aus Zuwandererfamilien. Die Stadt verfolgt zwar ein Integrationskonzept (2022–2026), das Teilhabe durch gleiche Rechte, Werte und Normen des Grundgesetzes und gegenseitige Verantwortung fördert. Dennoch bleibt die Herausforderung groß: Sprachbarrieren, Arbeitsmarktzugang, Bildungschancen und soziale Teilhabe sind weiterhin zu verbessern.

Sprache zuerst – Bildung als Schlüssel

Wir fördern sprachliche und berufliche Integration konsequent über freiwillige Angebote: mehr Zugang zu Sprachkursen, frühkindlicher Förderung und Gesundheitsbildung. Frühzeitige Förderung schaffen wir durch offene, niedrigschwellige Angebote in Kitas und Schulen – dort wirkt Teilhabe am stärksten.

Integration durch Arbeit und Engagement

Integration gelingt durch Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe, nicht nur durch Leistungen. Wir setzen auf Willkommenslotsen, Berufscoachings und Kooperationen mit lokalen Unternehmen, um Migrant/innen passgenaue Wege in Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen. Auch Sportvereine sind hier wertvolle Partner, unterstützt z.B. durch das hessische Programm „Sport und Flüchtlinge“.

Angebote statt Anordnungen

Integration lebt von Motivation, nicht von Vorschriften. Wir stärken Vereine, Initiativen und Bildungsträger, statt ihnen bürokratische Hürden aufzuerlegen. Das bestehende Integrationskonzept bietet hierfür einen Rahmen – wir wollen dafür sorgen, dass flexible, lösungsorientierte Praxis über ideologische Vorfestlegungen siegt.

Förderung statt Verwaltungsschleifen

Wir setzen auf einen spürbaren Zugang zu Angeboten, nicht auf zusätzliche soziale Kontrolle. Statt neuer Programme gegen „Integrationsermüdung“ zu etablieren, fordern wir einen vereinfachten Zugang zu Sprachkursen, Beratung und kulturellen Einrichtungen.

Anerkennung für Integrationsleistung vor Ort

Der jährliche Integrationspreis der Stadt Wiesbaden würdigt Menschen oder Gruppen, die sich in besonderer Weise für Integration eingesetzt haben. Wir wollen diese Form der Anerkennung stärken und sichtbarer machen – durch eine medienwirksame Kampagne und bessere Vernetzung aller Initiativen im Integrationsnetzwerk.

Integration als Chance für alle

Eine liberale Kommune will offene Türen: Integration soll nicht als Belastung, sondern als Bereicherung verstanden werden. Dazu gehören niedrigschwellige Informationsangebote, Digitalisierung der Beratungsstellen sowie Beteiligung von zugewanderten Menschen in allen Lebensbereichen – von Schule über Sport bis Politik.

Liberale Integration mit Perspektive

Unser Integrationsprogramm für Wiesbaden 2026 setzt nicht auf Pflicht oder Kontrolle – es setzt auf Chancen, Angebote, Engagement und Respekt. Wir bauen eine Stadt, in der alle Menschen – gleich welcher Herkunft – Teilhaben, Aufsteigen und Mitgestalten können. Denn echte Integration fördert Freiheit, stärkt Eigenverantwortung und schafft Vertrauen – das ist unsere Vision für Wiesbaden.

Kultur, Sport, Freizeit und Ehrenamt

Privates Engagement und Mäzenatentum fördern

Wir wollen Mäzenatentum und privates Engagement in Wiesbadens Kulturleben weiter fördern. Viele der spannendsten Impulse entstehen dort, wo Bürgerinnen und Bürger, Stiftungen und Unternehmen Verantwortung übernehmen. Das neue, private Museum Reinhard Ernst zeigt eindrucksvoll, welche Strahlkraft privates Engagement entfalten kann. Wiesbaden profitiert kulturell und städtebaulich vom Museum Reinhard Ernst - mre.

Wir wollen mehr dieser Erfolgsgeschichten ermöglichen, u.a. durch verlässliche Rahmenbedingungen und eine Verwaltung, die Kooperationen aktiv unterstützt.

Gerade bei neuen Musikfestival-Ideen oder bei der Chance, dem Hochbunker an der Friedrich-Ebert-Allee als Ort für das Fluxus-Erbe einen passenden Raum zu geben, sehen wir großes Potenzial, das wir gemeinsam mit privaten Partnern heben wollen.

Stadtmuseum

Die Realisierung eines echten Stadtmuseums für Wiesbaden verfolgen wir weiter. Wir setzen uns daher für einen perspektivischen Umzug des Stadtmuseums aus seinem derzeitigen Domizil im Marktkeller an einen geeigneteren Ort ein.

Beim Walhalla (mal wieder) zurück auf Null

Die Stadtpolitik muss sich beim Walhalla ehrlich machen: Der iterative Prozess zur Belebung und Renovierung ist gescheitert. Das vorgelegte Nutzungskonzept bietet aufgrund seiner fehlenden Stringenz nur einen äußerst eingeschränkten Mehrwert für das Wiesbadener Kulturangebot bei gleichzeitig hohen Investitions- und Folgekosten. Angesichts der absehbar schwierigen Haushaltslage würde eine Realisierung der jetzigen Pläne unweigerlich zu Einsparungen an anderen Stellen des Kulturretats führen.

Dennoch muss die Stadt schnell eine Lösung für ihr seit fast einem Jahrzehnt leerstehendes Gebäude finden. Sollte eine städtische Nutzung nicht mit vertretbaren Kosten möglich sein, muss auch eine langfristige Verpachtung oder ein Verkauf an einen privaten Investor ins Auge gefasst werden.

Raum für Kultur schaffen

Kultur braucht Raum und Räumlichkeiten. Leider ist die Raumsituation für die Kulturszene in den letzten Jahren immer schwieriger geworden. Daran ist, wie man beim kuenstlerhaus43 sehen kann, auch die Stadt nicht unschuldig. Wir wollen zügig eine sinnvolle und langfristige Lösung für das kuenstlerhaus43 finden.

Eine Konzentration der Suche auf Flächen im Besitz der Stadt oder ihrer Unternehmen lehnen wir dabei ab. Ziel muss es sein, die beste Lösung für die Kulturinstitution zu finden und nicht städtischen Leerstand zu füllen.

Hessisches Staatstheater

Das Hessische Staatstheater ist dabei ein zentraler Anker des Wiesbadener Kulturangebots: Es prägt das Image der Stadt und zieht ein breites Publikum an. Wir setzen uns für den Erhalt aller Sparten ein und werden das Staatstheater bei den anstehenden Sanierungsarbeiten eng begleiten.

Für uns Freie Demokraten ist entscheidend, dass das Haus seine künstlerischen Entscheidungen eigenständig trifft – ohne politische Regieanweisungen. Das gilt für die inhaltliche Ausrichtung ebenso wie für die Zusammenarbeit mit Künstlerinnen, Künstlern und Dienstleistern.

Der öffentlich ausgetragene Konflikt zwischen Stadt, Land und Intendanz um den Auftritt von Anna Netrebko bei den Maifestspielen hat dem Ansehen des Theaters und der Festspiele geschadet.

In Verhandlungen mit dem Land wollen wir erreichen, dass dieses künftig einen höheren Anteil an den jährlichen Kosten übernimmt.

Nach einem Antrag der FDP-Fraktion wurde 2025 erstmals eine Aufführung der Maifestspiele auch auf eine Leinwand vor dem Theater übertragen. Trotz des schlechten Wetters und des kurzfristigen Umzugs in die Muschel am Kurpark war die erste Ausgabe ein Erfolg, auf dem wir gerne aufbauen möchten.

Erinnerungskultur

Erinnerung braucht zudem sichtbare Orte, die respektvoll gestaltet und gepflegt sind. Wiesbaden steht in der Pflicht, seine Gedenkstätten, Ehrengräber und Mahnmale zuverlässig zu unterhalten. Dazu zählt auch, dass das Namentliche Gedenken am Michelsberg dauerhaft in einem würdigen Zustand ist: ohne Verschmutzung oder als Aufstellplatz für Mülltonnen.

Zukunft Stadtarchiv

Das Stadtarchiv ist Wiesbadens Gedächtnis und soll gleichzeitig ein offenes Portal für alle sein, die sich für die Geschichte unserer Stadt interessieren. Wir wollen es deshalb dauerhaft sichern und weiterentwickeln. Perspektivisch sollen alle Archivalien, soweit rechtlich möglich, digital zugänglich sein: bevorzugt unter offenen Lizenzen und maschinenlesbar, damit Forschung, Bildung und Bürger leichter darauf zugreifen können.

Römisches Erbe

Wir setzen uns für eine stärkere Berücksichtigung des römischen Erbes unserer Stadt ein. Nachdem bereits 2025 das Römerfest auf Kranz- und Kochbrunnenplatz stattfinden konnte, wollen wir dieses Event verstetigen.

Das Freilichtmuseum an der Heidenmauer wollen wir in geeigneter Art und Weise aufwerten.

Umgang mit problematischen Namenspaten

Wir unterstützen einen zügigen Abschluss der aktuellen Umbenennungsprozesse. Die finale Entscheidung sollte dabei den Ortsbeiräten vorbehalten bleiben. Bestrebungen, weitere Straßennamen zu überprüfen (z.B. durch eine Ausweitung der zu untersuchenden Zeiträume) lehnen wir ab.

Zukunft Kulturbeirat

Wir unterstützen das Vorhaben, die Wahlen zum Kulturbeirat künftig online durchzuführen, um durch die niedrigschwellige Wahlteilnahme die Beteiligungsquote zu erhöhen.

Die parteipolitische Durchdringung des Kulturbeirates sehen wir kritisch. Der Kulturbeirat soll schließlich die Kulturszene vertreten und nicht Politiklogiken spiegeln. Daher wollen wir den Stadtverordneten im Kulturbeirat künftig kein Stimmrecht mehr zukommen lassen.

Ehrenamt und Engagement stärken

Freiheit bedeutet Verantwortung. Nirgendwo zeigt sich das deutlicher als im Ehrenamt: Menschen, die sich freiwillig für andere einsetzen, sind das Rückgrat einer lebendigen Stadtgesellschaft. Wir wollen, dass Wiesbaden ihnen beste Bedingungen bietet – mit weniger Bürokratie, mehr Anerkennung und echten Gestaltungsspielräumen.

Unsere Stadt braucht eine klare Strategie, um das freiwillige Engagement dauerhaft zu fördern und zu vernetzen. Bürgerschaftliches Engagement ist keine Nebenaufgabe, sondern Teil einer modernen Stadtpolitik. Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft müssen enger zusammenarbeiten, um Engagement zu erleichtern und Doppelarbeit zu vermeiden.

Eine Engagementstrategie für eine moderne Bürgergesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement ist keine Randaufgabe, sondern Teil einer zukunftsfähigen Stadtpolitik. Wir wollen eine kommunale Engagementstrategie, die Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft besser vernetzt und vorhandene Initiativen stärkt. Dazu gehören klare Zuständigkeiten in der Verwaltung, eine bessere ressortübergreifende Abstimmung, regelmäßige Dialogforen zwischen Stadt, Ehrenamt und Politik sowie eine moderne Kommunikationskultur, die Lust auf Mitmachen macht.

Verwaltung als Ermöglicher – nicht als Hürde

Wer sich engagieren will, darf nicht an Formularen scheitern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung Helferin des Engagements wird: durch schnelle Genehmigungen, klare Ansprechpartner und unbürokratische Abläufe. Engagement-Beauftragte in Ortsbeiräten könnten Brücken schlagen zwischen Bürgerschaft und Verwaltung.

Die allermeisten Wiesbadener Feste leben vom ehrenamtlichen Engagement der Organisatoren. Viele dieser Feste stehen angesichts immer höherer städtischer Auflagen und restriktiven Ämtern vor dem Ende. Wir fordern, dass der Magistrat seinen Ermessensspielraum nutzt, um Vereine bei Genehmigungen und Auflagen zu entlasten.

Wissen schafft Handlungsspielraum

Eine vorausschauende Politik braucht verlässliche Daten. Wir befürworten regelmäßige Bürger- und Vereinsbefragungen zum Engagement in Wiesbaden, um Trends, Motivation und Hindernisse zu erkennen. So können Stadt und Politik gezielt unterstützen, wo es wirklich nötig ist – statt nach Bauchgefühl zu handeln.

Förderstrukturen bündeln und Doppelarbeit vermeiden

In Wiesbaden werden zahlreiche soziale und ehrenamtliche Projekte durch unterschiedliche Stellen gefördert – oft mit getrennten Zuständigkeiten, eigenem Personal und parallelen Verfahren. Das führt zu Redundanzen, bürokratischem

Mehraufwand und mangelnder Transparenz. Wir setzen uns daher für eine zentrale städtische Koordinierungsstelle für das Fördermanagement ein, in der alle Förderaktivitäten für soziale und ehrenamtliche Projekte gebündelt werden. Diese Stelle soll Prozesse vereinfachen, Überschneidungen vermeiden, Synergien schaffen und dafür sorgen, dass Fördermittel zielgerichtet, gerecht und effizient eingesetzt werden.

Infrastruktur sichern – Planung statt Projektitis

Ehrenamt braucht stabile Partner. Viele Netzwerke in Wiesbaden leisten unverzichtbare Arbeit. Wir wollen verlässliche, planbare Rahmenbedingungen schaffen, ohne neue Bürokratien aufzubauen: mehrjährige Vereinbarungen, Transparenz über Förderentscheidungen und faire Verfahren – damit Energie in Engagement fließt, nicht in Anträge.

Engagement kennt kein Alter

Wir wollen, dass sich Menschen in jedem Lebensabschnitt engagieren können. Gerade Seniorinnen und Senioren verfügen über wertvolle Erfahrung und Zeit – beides soll stärker eingebunden werden. Wir unterstützen die Idee einer zentralen Anlaufstelle für Seniorinnen und Senioren und besser vernetzter Informationen in den Stadtteilen, um den Zugang zu Engagement, Bildung und Teilhabe zu erleichtern.

Junge Menschen für Verantwortung begeistern

Freiheit braucht Mitmacherinnen und Mitmacher. Junge Menschen sollen früh erleben, dass ihr Einsatz zählt. Wir wollen neue Formate, um Engagement attraktiv zu machen – von Social-Media-Kampagnen über Schulprojekte bis zu Kooperationen mit Ausbildungsbetrieben und Hochschulen. Programme wie „Jung und engagiert“ sollen weiterentwickelt und um kreative Räume wie ein Jugend-Café ergänzt werden, in denen Selbstorganisation gefördert wird.

Anerkennung sichtbar machen

Engagement verdient Wertschätzung – nicht nur durch Worte, sondern auch durch sichtbare Formen der Anerkennung: eine Wiesbadener Engagement-Urkunde, die Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte, ein jährlicher Ehrenamtsempfang der Stadt als Zeichen des Dankes oder Schulungen zur Anerkennungskultur in Vereinen. Denn eine Gesellschaft, die Ehrenamt ernst nimmt, stärkt auch ihren demokratischen Zusammenhalt.

Wiesbaden soll eine Stadt sein, in der freiwilliges Engagement leichtfällt, Vielfalt geschätzt wird und Eigeninitiative mehr zählt als Bürokratie. Wir wollen eine Stadtpolitik, die nicht alles selbst regelt, sondern Menschen ermöglicht, Verantwortung zu übernehmen – frei, engagiert und mit Herz für Wiesbaden.

Wiesbadener Spitzen- und Breitensport unterstützen

Wiesbaden ist die Heimat von vielen Vereinen in der Spitzenliga. Die Volleyball-Frauen des VCW spielen seit über 15 Jahren in der 1. Bundesliga, der SV Wehen Wiesbaden spielt in der 3. Liga Fußball und die Rhine River Rhinos treten in der ersten Rollstuhlbasketballbundesliga an. Darüber hinaus locken zahlreiche Großevents Sportlerinnen, Sportler und Zuschauer nach Wiesbaden. Die Freien Demokraten Wiesbaden möchten den Profisport und sportliche Großereignisse in der Stadt weiterhin unterstützen und möglich machen.

Die Wiesbadener Sportvereine bieten umfangreiche Programme im Breiten- und Leistungssport an und sind deshalb in unserer Stadt von großer strategischer Bedeutung. Aus diesem Grund setzen sich die Freien Demokraten Wiesbaden auch zukünftig für die Wiesbadener Sportvereine ein. Besondere Unterstützung wollen wir den Vereinen darüber hinaus bei der Sanierung und Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen, bei den Energiekostenzuschüssen für Beleuchtungsanlagen, bei der Aus- und Weiterbildung von Übungsleitern und der Förderung der Jugend- und Integrationsarbeit geben.

Dort wo es möglich ist, wollen wir die Flächen von Schulen zur Freizeitgestaltung auch außerhalb der Unterrichtszeiten öffnen.

Das Wiesbadener Sportbudget im städtischen Haushalt ist insbesondere für die Unterstützung der Amateurvereine sowie des Breitensports gedacht. Der Profisport, insbesondere wenn er als Kapitalgesellschaft organisiert ist, muss sich jedoch zukünftig aus eigener Wirtschaftskraft ohne städtische Mittel finanzieren. Die Wiesbadener Sportförderung WiSpo wollen wir weiter unterstützen, um Spitzensportlern eine erfolgreiche Karriere zu ermöglichen.

Die Freien Demokraten Wiesbaden setzen sich auch weiterhin dafür ein, dass Großveranstaltungen wie zum Beispiel das Pfingstturnier, den City-Marathon oder der Deutsche Bogen-Meisterschaft in unserer Stadt stattfinden. Die Veranstaltungen beleben die Stadt und sind ein wichtiges Marketinginstrument.

Umwelt und Sport sind keine Gegensätze. Nur durch ein gezieltes Angebot an Sportflächen und für den Sport ausgewiesene Wege durch die Stadt kann verhindert werden, dass durch die Nutzung ungeeigneter Flächen Schäden entstehen. Wir setzen uns deshalb für die Erhaltung der Trimm-, Wander-, Rad- und Reitwege sowie der Mountainbikestrecke Gravity Trail am Schläferskopf ein.

Schwimmbäder

Die Freien Demokraten Wiesbaden unterstützen den Erhalt der Schwimmbäder und damit der Wasserflächen in der Stadt zum Wohle der Vereine, Schulen und Hobbyschwimmer.

Der Bäderbetrieb wird auch in den nächsten Jahren auf Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt angewiesen bleiben. Da die Schwimmflächen einen Teil der städtischen Daseinsvorsorge darstellen, unterstützen die Freien Demokraten eine angemessene Finanzierung aus Steuermitteln.

Erschreckend ist jedoch, dass selbst die Premiumangebote, wie das Opelbad und die Kaiser-Friedrich-Therme einjährliche Zuschussgeschäft sind. Beide Angebote wollen wir (unter Berücksichtigung ihres Status als Baudenkmäler und den damit einhergehenden erhöhten Erhaltungs- und Betriebskosten) zukünftig ohne Defizite im laufenden Geschäft betreiben.

Im laufenden Betrieb aller Bäder möchten wir einen größeren Schwerpunkt auf die Finanzierung durch den Vor-Ort-Konsum statt auf die Eintrittsgelder legen. So können Eintrittspreise und städtische Zuschüsse niedrig gehalten werden. Bei der Neuverpachtung von Gastronomieflächen ist mit den Pächtern daher ein Leistungskatalog und eine Umsatzbeteiligung zu vereinbaren, der auf hochwertigere Angebote und höhere Einnahmen setzt.

Mit den wärmer werdenden und länger andauernden Sommern muss auch eine Überprüfung der Öffnungs- und Saisonzeiten einhergehen. Wir wünschen uns insbesondere für die landschaftlich besonders ansprechenden Freibäder Opelbad und Maarau in den Sommermonaten längere Öffnungszeiten und (unter Beachtung des Lärmschutzes) auch vermehrt abendliche Events.

Wir haben im Stadtparlament vor der Überdimensionierung des Sportparks Rheinhöhe gewarnt. Die Mehrheit im Stadtparlament ist uns leider nicht gefolgt. Angesichts der dramatisch gestiegenen Kosten muss das Projektcontrolling deutlich verbessert werden.

Das abgebrannte Hallenbad in Kostheim wollen wir durch einen Neubau ersetzen, der ein reines Schwimmangebot bietet.

Wiesbaden on Ice

Wiesbaden on Ice begeistert mit der Eisbahn Groß und Klein und belebt den Rand der Wiesbadener Innenstadt. Mit privatem Engagement wurde hier eine hervorragende Großveranstaltung geschaffen, deren Ruf weit über die Grenzen Wiesbadens hinausreicht. Wir werden Wiesbaden on Ice auch in den nächsten Jahren unterstützen.

Umwelt, Klima und Energie

Klimaschutz mit Sinn und Verstand

Wiesbaden muss bei allen seinen Anstrengungen zur notwendigen Reduzierung seines CO₂-Ausstoßes evidenzbasiert vorgehen. Zu oft werden bisher teure und prestigeträchtige Maßnahmen eingesetzt, ohne dass es sich dabei um eine effiziente Lösung zur Erreichung der Klimaziele handelt. Für die Zukunft wollen wir die ergriffenen Maßnahmen danach bewerten, welche Wirkung sie auf die Reduktion des CO₂-Ausstoßes haben. Hierbei geben wir solchen Maßnahmen den Vorrang, die pro investierten Euro den CO₂-Ausstoß am stärksten senken.

Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen

Beim Umweltschutz muss die Wiesbadener Stadtverwaltung Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger sein und von ihnen nichts verlangen, was sie nicht auch für sich selbst umsetzen wollte. Die schnellstmögliche Umrüstung des städtischen Fuhrparks gehört ebenso dazu wie die papierlose Verwaltung, die gleichzeitig CO₂ und Kosten einspart.

Grünflächen und Spielplätze erhalten

Wiesbadens Parks und Grünflächen sind die grünen Wohnzimmer der Stadt. Sie bieten Ruhe im Alltag, Platz für Bewegung und Begegnung und sind gerade an heißen Tagen ein beliebter Ort zum Entfliehen der Stadthitze. Wir wollen diesen Schatz bewahren und besser pflegen. Dafür brauchen alle größeren Grünanlagen aktuelle Parkpflegewerke und im Haushalt müssen die entsprechenden Investitionen sichergestellt werden.

Grünflächen sind für uns keine Freilichtmuseen, sondern Orte der aktiven Zusammenkunft und des Stadtlebens. Nutzungsverbote können deshalb immer nur das letzte Mittel der Wahl sein, um gefährdete Flächen insbesondere im Innenstadtbereich zu schützen. Sport, picknicken und andere gesellschaftliche Aktivitäten müssen auch auf Grünflächen möglich sein, sofern der Denkmal- und Umweltschutz sowie die Anwohner nicht über Gebühr beeinträchtigt werden. In diesem Zusammenhang ist auf eine Sensibilisierung der Nutzer bei der Beseitigung von entstehendem Abfall hinzuwirken. Wir setzen uns darüber hinaus für einen Erhalt der bestehenden Grillplätze und Feuerstellen ein, um den Bürgerinnen und Bürgern das legale und sichere Grillen in der Natur zu ermöglichen.

Unsere Spielplätze sind kleine Lebensräume im Quartier und müssen sicher, attraktiv und gut gepflegt sein. Wir wollen deshalb regelmäßige Qualitätschecks, schnelle Instandsetzungen und ein stets attraktives Geräteangebot. Dabei setzen wir auch auf

Beteiligung von Eltern und Kindern vor Ort, damit Spielplätze wirklich zu den Bedürfnissen im Stadtteil passen.

Wald im Klimawandel

Wir Freie Demokraten wollen die Wiesbadener Wälder stärken und fit für die Zukunft machen. Sie sind wichtige Naherholungsräume direkt vor der Haustür und zugleich ein zentraler Baustein für Klimaanpassung und Klimaschutz, weil sie CO₂ binden, Sauerstoff produzieren und an heißen Tagen für Abkühlung sorgen. Deshalb setzen wir uns für eine verlässliche finanzielle Ausstattung der Forst- und Aufforstungsmaßnahmen ein. Mehr Mittel für Wiederaufforstung, Waldumbau und Pflege haben wir bereits gefordert, diesen Kurs wollen wir konsequent fortsetzen, damit unsere Wälder gesund, artenreich und widerstandsfähig bleiben.

Steigende Temperaturen und längere Trockenphasen führen dazu, dass Baumarten, die hier bislang gut gedeihen, künftig immer häufiger an ihre Grenzen stoßen. Gleichzeitig werden Arten an Bedeutung gewinnen, die besser mit Hitze, wechselnden Niederschlägen und neuen Schaderregern umgehen können. Darauf muss sich die Stadt frühzeitig einstellen. Wir wollen, dass der städtische Forst den Waldumbau aktiv gestaltet und nicht nur auf Schäden reagiert: mit einer proaktiven, wissenschaftlich begleiteten Auswahl klimaresilienter Baumarten, einer größeren Mischung im Bestand und gezielten Pflanzungen dort, wo es erforderlich ist. So sichern wir langfristig stabile, naturnahe Wälder als Erholungsraum und als Teil der städtischen Klimaanpassung.

Keine Windräder auf dem Taunuskamm

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof wird die Klage von ESWE Versorgung zur Zulassung der Windräder auf dem Taunuskamm höchstwahrscheinlich ablehnen. Damit könnte nach fast 15 Jahren die Odyssee um die Windräder endlich beendet sein.

Das Stadtparlament hat jedoch bereits mit der linken Mehrheit den Beschluss gefasst, dieses Urteil durch eine Neuplanung zu umgehen. Wir Freie Demokraten lehnen den Bau der Windräder auf dem Taunuskamm weiterhin ab.

Fernwärme ist noch nicht in Stein gemeißelt

Derzeit arbeiten Stadt und ESWE Versorgung an den Details zur kommunalen Wärmeplanung für Wiesbaden. Dabei ist für die allermeisten der dichtbesiedelten Quartiere (z.B. in der Innenstadt und in Biebrich) vorgesehen, diese zukünftig mit Fernwärme zu versorgen.

Wir sehen die Fernwärme mit Bezugszwang kritisch, weil sie Verbraucherinnen und Verbraucher zu „gefangenen Kunden“ macht und ein lokales Monopol – mit all seinen Nachteilen - schafft. Wo der Wechsel zu alternativen Wärmequellen ausgeschlossen ist, sinken der Wettbewerbsdruck und damit die Anreize für effiziente Preise, guten Service und Innovation.

Damit fallen wir hinter die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte aus den 1990er-Jahren zurück. In den letzten Jahren haben sich die Beschwerden im Bundesgebiet über explodierende Fernwärmepreise gehäuft, was maßgeblich an der intransparenten Preisberechnung durch die Versorger liegt.

Aus Sicht der Freien Demokraten muss vor einem flächendeckenden Ausbau der Fernwärme in Wiesbaden geklärt werden, wie die Interessen der Wiesbadener Verbraucher wirksam geschützt werden können.

Geothermie im Wiesbadener Osten vorantreiben

Wir unterstützen die Planungen, das geothermische Potenzial im Wiesbadener Osten für die Wärmewende zu nutzen. Dort wurden bereits seit Jahren Untersuchungen zur Tiefengeothermie angestoßen, unter anderem mit dem Ziel, den Untergrund für mögliche Bohrstandorte genauer zu erkunden. Für uns ist das ein sinnvoller und grundlastfähiger Baustein einer zukünftigen Wärmeversorgung.

Jagdkonzept zurücknehmen

Das von Rot-Rot-Grün verabschiedete Jagdkonzept war eine offene Erklärung des Misstrauens gegenüber der Jägerschaft. Wir werden das Konzept daher zurücknehmen und im Austausch mit den Jägern ein langfristiges Konzept zur Zukunft der Jagd im Wiesbadener Stadtwald erarbeiten.

Invasive Arten bekämpfen

Invasive Arten, die die lokale Tierpopulation gefährden, müssen konsequent bekämpft werden. Sollten sich die Nilgänse trotz der ergriffenen Maßnahmen weiter ausbreiten, muss auch über einen gezielten Abschuss nachgedacht werden. Auch eine Kontrolle der Sittichpopulation ist aufgrund der erheblichen Verunreinigungen und Schäden dringend geboten.

Stadtauben

Die hohe Taubenpopulation in Wiesbaden ist in den letzten Jahren immer mehr zum Problem geworden. Die Stadt selbst betreibt mehrere Taubenschläge zur Populationskontrolle, in denen die Tiere auch gefüttert werden. Die Evaluation hat gezeigt, dass die Taubenschläge nicht zu einer Reduktion der Population geführt haben. Daher setzen wir uns zumindest für eine Abschaffung des zusätzlichen Nahrungsangebots ein, um die Situation nicht weiter zu verschlimmern. Bauliche Mittel zur Taubenabwehr (bspw. Metallspitzen sowie neuartige vergleichbare Lösungen und Netze) sollen insbesondere an denkmalgeschützten Objekten vermehrt zum Einsatz kommen wie z.B. an der gerade sanierten Heidenmauer, um Beschädigungen durch Taubenkot vorzubeugen.

Das Füttern von Wildtieren ist im Gebiet der Stadt Wiesbaden zu Recht untersagt. Wir setzen uns dafür ein, dieses Verbot – insbesondere auf öffentlichen Plätzen und in Grünanlagen - stärker durchzusetzen.

Wiesbaden als Teil des Rhein-Main-Gebiets, Hessens und Europas

Das Band zwischen Wiesbaden und unseren Partnerstädten soll insbesondere durch Schüleraustausche gestärkt werden. So können SchülerInnen an die europäische Einigung herangeführt werden. Im besten Fall können so neue Engagierte für die Partnerschaftsvereine gefunden werden. Unsere Partnerstädte stehen in vielen Politikfeldern vor ähnlichen Herausforderungen. Klimawandel, Mobilität und Wohnraum sind auch in einigen unserer Partnerstädte ein Dauerthema. Wir streben daher auch einen verstärkten Austausch auf Politik- und Verwaltungsebene an und können uns auch den zeitweiligen Austausch von Verwaltungsbediensteten vorstellen, um von anderen Städten und Verwaltungen zu lernen.

Wir freuen uns, dass wir mit Kamjanez-Podilskyj eine Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt eingehen konnten und hoffen, diese Verbindung in den nächsten Jahren zu vertiefen.

Wir setzen uns weiterhin für eine Städtepartnerschaft mit einer US-amerikanischen Stadt ein, vorzugsweise mit Cary, North Carolina. Mit den dortigen Offiziellen konnte sich bereits vor Ort ausgetauscht werden.

Die Amerikanischen Gaststreitkräfte sind ein Teil der Wiesbadener Stadtgesellschaft und mit ihren knapp 20.000 Angehörigen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir begrüßen das kontinuierliche Engagement der USA in Wiesbaden. Dazu gehört eine möglichst lärmarme Nutzung des Erbenheimer Airfields.

Wiesbaden muss in der Regionalpolitik sichtbarer werden und gemeinsam mit den anderen Kommunen des Rhein-Main-Gebietes eine Zukunftsstrategie für die Herausforderungen der Region entwickeln.

Auch in der Regionalversammlung Südhessen werden sich allfällige Vertreter der FDP Wiesbaden für ein wachstumsfreundliches Klima im Rhein-Main-Gebiet einsetzen.

Impressum:

FDP Wiesbaden
Gerichtsstraße 9
65189 Wiesbaden
Verantwortlich: Christian Diers (Kreisvorsitzender)

Bildnachweis: © Sina Ettmer / Adobe Stock

Stand: Januar 2026, v.1.28